

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 26



GAST-KOMMENTAR:

Monika Kircher-Kohl:
Ist die Arbeit von
morgen weiblich?

DIE MANUFAKTUREN EUROPAS

Wie Produktion nach Asien
ausgelagert wird

FRIGGA HAUG

über den Vier-
Stunden-Tag



DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

WER DARF ARBEITEN?

A gscheits

Deitsch

redt,

wer von

Gleichberechtigung

spricht!

Wir messen Menschen nicht an der Sprache, die sie sprechen,
sondern an den Inhalten, die sie vertreten!



www.sosmitmensch.at
PSK 91000590, BLZ 60000



Achtung: Arbeit entgleitet!
Illustration: Eva Vasari

Liebe Leserin Lieber Leser

Zuweilen wirkt es so, als würde der eigene Untergang bejubelt. Stellt die Verknüpfung von Arbeit und sozioökonomischer Sicherheit eine der großen Innovationen der industriegesellschaftlichen Moderne dar, wie es die deutsche Politikwissenschaftlerin Birgit Mahnkopf formulierte, so werden heute Flexibilisierung und Effizienz als höchste Werte der Postmoderne gepriesen. Viele plappern das Credo von der Verschlankung der Strukturen und dem Kampf gegen den aufgeblähten Sozialstaat nach. Genauso viele betrauern auf nahezu schizophrene Weise die ganz persönlich empfundenen Unsicherheiten über Jobverluste und die Zukunft der Pensionen. Das wirkt wie in der ZiB, wo kritischen Berichten über die Auswüchse einer deregulierten Finanzwirtschaft am Ende eine frohe Meldung über den gestiegenen Dow Jones Index folgt. Hängt vom Aktienmarkt wirklich unser Wohl ab? Ist es Zufall, dass hohe Konzernergebnisse oft im gleichen Atemzug mit dem Abbau von Stellen verkündet werden? Um die Zukunft der Arbeit scheint es jedenfalls schlecht bestellt, solange diese ein Kostenfaktor unter anderen bleibt. Auch dieser muss schließlich immer schlanker werden. Solange die Politik trotz dieser fundamentalen Umwälzungen aber am Konzept der Vollbeschäftigung festhält und eifrig immer mehr Teilzeitstellen zu Vollzeitäquivalenten zusammen rechnet, wird sich diese Schizo-Situation nicht auflösen lassen. Die soziale Desintegration ist offenbar noch nicht weit genug vorangeschritten. Dabei gäbe es eine Menge von alternativen Modellen für eine Neugestaltung unserer Arbeits- und Wirtschaftswelt. Die Soziologin und vielfache Buchautorin Frigga Haug schlägt im Interview dieser Ausgabe von MO ein Vier-Stunden-Arbeitsmodell vor. Das mag verrückt klingen. Aber wie sieht die Zukunft der Arbeit aus?

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell

IMPRESSUM

MO REDAKTION: c/o SOS
Mitmensch, Zollergasse 15, 1070
Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00 - 9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:
Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Illustrationen), Alexander Poll-
ak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg
AUTORINNEN DIESER AUSGABE:
Eva Bachinger, Gerfried Balzer, Nasila Berangy,
Sonja Fercher, Karin Fischer, Pascal Jurt, Robert
Misik, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Oli-
vera Stajic, Pia Vossen

PROJEKTLÉITUNG: Andreas Görg

COVERBILD: Eva Vasari

LEKTORAT: Thomas Just, Andreas Görg

GRAFIK: Mitko Javritchev, Monika Nutz

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH,
Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Sandra Lakitsch, Sebastian Seidl,
office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at
T +43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard,
Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:
SOS Mitmensch, Postfach 220, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN: PSK 60000

Kto 91.000.590

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschen-
rechte, Demokratie und Migration. Der Nach-
druck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle
und Übersendung von Belegexemplaren aus-
drücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht
ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien
liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e Ur-
heber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Foto: SACOM, Dirk Fleischmann

24 SCHÖN WEIT WEG

Transnationale Unternehmen sitzen an den Steuer-
hebeln globaler Güterketten. Sie führen bis Südo-
stasien oder China. Weit genug, um problematische
Arbeitsverhältnisse aus dem Blick zu bekommen.



Foto: Argument Verlag

14 ARBEIT NEU VERTEILEN

Eine Gesellschaft, die sich bald fragen muss, wer
überhaupt noch arbeiten darf, muss die Arbeitsver-
hältnisse völlig neu regeln. Die Soziologin Frigga
Haug im Interview.

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

6 REAKTIONEN

8 HANDLUNGSBEDARF

Der „AMS-Migrantenindex“ problematisiert eine
Menschengruppe, statt Sprach- oder Mathema-
tikprobleme.

Dossier

10 SOLANGE DIE ARBEIT NICHT AUSGEHT

Über die Bedeutung der Erwerbsarbeit in
unserem Leben.

Essay: Robert Misik

14 DER VIER-STUNDEN-ARBEITSTAG

Die deutsche Soziologin Frigga Haug sieht
das Ende des bestehenden Arbeitsmodells
gekommen.

Interview: Pascal Jurt

17 WENN LEISTUNG NICHTS NÜTZT

In Afghanistan Begleiter des Präsidenten,
in Österreich Abwäscher im Cafe Leopold.
Warum Zuwanderer in Österreich oft
dequalifiziert werden.

Text: Eva Bachinger, Martin Schenk

20 DIE BEFREIUNG DER ARBEIT

Im brasilianischen Konzern Semco bestimmen
die Angestellten über ihre Arbeitsumstände -
ohne Personalbüro und fast ohne Hierarchien.
Wäre Semco in Österreich möglich?

Text: Nasila Berangy

24 SOURCED OUT

Egal ob Spielzeug, Elektronik oder Textilien.
Europa lässt seine Produkte in Asien herstellen.
Wurde damit auch Verantwortung ausgelagert?

Text: Karin Fischer





Foto: Florian Lems



Foto: WKÖ

17 SOZIALER ABSTIEG

Migration führt in Österreich immer wieder auch zu Dequalifikation im Berufsleben und damit zu einer Herabsetzung des sozialen Status. Müsste nicht sein, sagen die AutorInnen Bachinger und Schenk, die zum Thema eben ein Buch herausgegeben haben.

28 AUSGEBOOTET

Nach der Karenz aus der Firma gemobbt, nach einem Jus-Studium als Putzkraft. Warum für Unternehmen Qualifikation nicht immer das Wichtigste ist.

Text: Sonja Fercher

NGOs / Welt

31 WELT NEWS

Bei einem Sub-Unternehmen des Puma-Konzerns wurden vier ArbeiterInnen beim Streik angeschossen.

32 DIE FAUST REICHEN

Beim Begriff Rassismus klappen viele die Ohren zu. Wie kann antirassistische Arbeit dennoch etwas bewegen?

Text: Philipp Sonderegger, Pia Vossen

36 DIE RECHNUNG BITTE!

AsylwerberInnen bekommen viel Geld, glauben die Freiheitlichen. Stimmt das?

Text: Alexander Pollak

Rubriken

37 NEUES VON DER BOCK

Die Katze und das gepflegte Deutsch.
Aufgezeichnet von Gunnar Landsgesell

38 KOLUMNEN

Kooperation statt Konkurrenz: Ein verblüffendes Experiment mit Kindern.

Von Martin Schenk

Integration: Regierung in der Einbahnstraße.

Von Philipp Sonderegger

Eine verlorene Generation? Gedanken über eine überkommene Identitätsdebatte.

Von Olivera Stajic

40-43 POPULÄRKULTUR

Buchrezensionen. Gianni Vattimo über die Irrtümer der transparenten Gesellschaft
2x5: MO-Artdirector Mitko Javritchev

41 SPOTLIGHT

Der BMI-Beamte Peter Webinger fürchtet, dass AsylwerberInnen ihre monatlich 40 Euro verpassen könnten.

Text: Gerfried Balzer

45 SOS MITMENSCH

Kunstauktion und andere Aktionen.

46 ANDERE ÜBER ...

Infineon-CEO Monika Kircher-Kohl zur Frage: Ist die Zukunft der Arbeit weiblich?

32 WIDERSTÄNDE BRECHEN

Kann die Gastronomie auf das Label „Mxxx im Hemd“ verzichten, weil es Menschen mit schwarzer Hautfarbe diffamiert? WKÖ-Mann Gerhard Liska hofft auf Sensibilität - und die Zeit.



Wo wurde diese Ausgabe von MO gesehen?

Schreiben Sie an redaktion@momagazin.at. Zu gewinnen gibt's ein Gratisabo vom mo, Magazin für Menschenrechte.

Foto: Karin Wasner

Reichensteuer Arme Banken

Die „Reichensteuer“ ist eine zur Demagogie pervertierte Sozialromantik, unter der zudem jeder etwas anderes versteht. Das alleine macht sie utopisch. Da tut es schon vom Gesichtspunkt der intellektuellen Redlichkeit her weh, wenn man in MO 25 liest: „Vermögenssteuern, die verhindern, dass die Reichen und die von ihnen beauftragten Banken mit ihren riskanten Anlagen weitere Finanzkrisen auslösen, müssten massiv ausfallen. Es müssten hohe Steuersätze gewählt werden, damit die Reichen ihr Spielgeld verlieren.“ Wie bitte? Steht da wirklich, dass „die Reichen“ Finanzkrisen auslösen? Wer ist da gemeint mit „den Reichen“? Zwei Seiten vorher sind ja offensichtlich einige von ihnen apostrophiert: Svarovsky,

Mateschitz, Lauda, Stronach. Glaubt da jemand ernstlich, dass seien Spekulanten, die schuld an der Finanzkrise sind? Auslöser des Desasters sind all die Regierungen (von großen Staaten bis zu kleinen Gemeinden), die seit Jahrzehnten der Politik des Schuldenmachens auf Teufel komm raus frönen und versuchen, das damit verbundene Risiko den „bösen“ Banken aufzuhalsen... Wer Begriffe wie „Reichensteuer“ verwendet, entlarvt sich als Populist übelster Machart.
Helmut Hofmann, per Email

Wie die Reichen denken und lenken

Rätselhafte Reiche

Auch in Ihrem Interview mit dem schweizerischen Soziologen Ueli Mäder bestätigt sich ein seltsamer Trend: Reiche schätzen sich nicht als reich ein und

Arme nicht als arm. Während Mäder sagt, dass in der Schweiz 2 Prozent der Bevölkerung über so viel Vermögen verfügt wie 98 Prozent der restlichen Bevölkerung, will sich auch von diesen Superreichen offenbar niemand als reich definieren. Mich würde interessieren, warum? Gilt wie bei Armen die soziale Ächtung, die einen in der Selbstwahrnehmung wohlhabender erscheinen lässt als man ist? Tatsächlich wird aber wie nie zuvor Reichtum auch öffentlich zur Schau gestellt. Ein Fiat-Fabriktdirektor, der in den 1970er Jahren das zehnfache eines Arbeiters verdient hat, verdient heute das Tausendfache. Und, gibt es deshalb Arbeitskämpfe wie damals? Nein. Die Frage, warum sich Reiche nicht als reich fühlen, bleibt mir damit ein Rätsel.

Carola Wirtensberger, per Email

Wo bleibt der Reichtum?

Sozialer Staat

Mit Interesse lese ich ihr Zitat des Wirtschaftsexperten Markus Marterbauer. Er sagt, dass sich gerade der Sozialstaat in Krisenzeiten als stabilisierender Faktor erweist. Das halte ich für insofern interessant, als doch der zu teure Sozialstaat immer wieder als Verursacher eines zu hohen Schuldenstandes genannt wird. All jenen, die eine Ungleichverteilung wegreden wollen, ist es in den letzten Jahren gelungen, den Sozialstaat zu verunglimpfen. Höchste Zeit, dass jemand gegen diesen Unsinn auftritt. Selbst von den Banken mit ihren unmoralisch hohen Bonzahlungen würde es einige nicht mehr geben, wäre der Staat nicht so „sozial“ mit seiner Hilfe gewesen.

Fritz Hermann, per Email



Stella träumt vom Schnorcheln auf den Galapagos Inseln, vom Trekking in Westtibet, von Mountainbiketouren am Kap der Guten Hoffnung und vom Kitesurfen auf dem Baikalsee. Toni mag die Bauernblumenrabatte im Augarten, den Geruch der Umkleidekabinen im Gänsehäufel und das Surren der Gelsen in der Lobau. Am Ende einigen sich beide auf Wildzelten im Kamptal und je eine neue Sonnenbrille.

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

ÖBV
Meine Versicherung

ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Nachhaltige Verantwortung? Ja, ganz sicher!

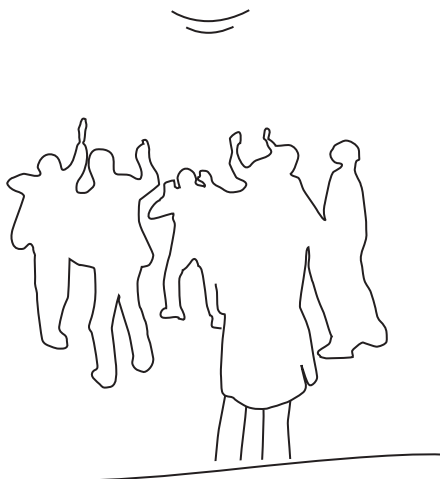
Die Österreichische Beamtenversicherung wurde vor über 115 Jahren als Selbsthilfeorganisation von Beamten gegründet. Als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit sind uns Solidarität und soziale Verantwortung bis heute eine Selbstverständlichkeit. **ÖBV – die Versicherung von Mensch zu Mensch.**



Mit der ÖBV durchs Leben



Spielt nicht mit dieser Welt!



Die derzeitige Form der Globalisierung geht an den Menschen vorbei. Einer kleinen Gruppe von GewinnerInnen steht eine große Mehrheit von VerliererInnen gegenüber. Die „Freiheit“ der Investoren geht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit, Gesundheit, Umwelt, der kulturellen Eigenständigkeit und zu Lasten der Frauen.

Dies ist kein Naturgesetz. Wirtschaft ist für alle da, und sie geht uns alle an. Attac zeigt Entwicklungen auf und bietet Alternativen.

Denn Globalisierung braucht Gestaltung.

Bei Interesse schicken wir Ihnen gerne Informationsmaterial zu.
Kontakt » E-Mail infos@attac.at, » Telefon 01/544 00 10

%attac.at

ARBEITSMARKTSERVICE

Migration ist der falsche Hintergrund

Der von Integrations-Staatssekretär Kurz durchgesetzte „AMS-Migrantenindex“ zeigt, wie schmal der Grat zwischen Förderung und neuer Diskriminierung ist.

KOMMENTAR: ALEXANDER POLLAK

Mit 1. Jänner ist er in Kraft getreten, der „AMS-Migrantenindex“. Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz möchte mit dem „Index“ eine gezielte Betreuung von Arbeitssuchenden MigrantInnen ermöglichen. Denn, so fragt sich Kurz in einer Aussendung: „Wie soll man Migranten beim AMS betreuen, wenn man nicht weiß, wer ein Migrant ist?“

Man ist geneigt, zurück zu fragen: Wie wurden MigrantInnen denn bisher vom Arbeitsmarktservice betreut? Beate Sprenger, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit beim AMS, erklärt, was es mit dem Index wirklich auf sich hat: „Bisher wurde vom AMS nur die Staatsbürgerschaft von Arbeitssuchenden erfasst. Von nun an wird es möglich, Versicherungsdaten so miteinander zu verknüpfen, dass wir auch feststellen können, wer einen Staatsbürgerschaftswechsel hinter sich hat.“

Das heißt im Klartext: Alle, die eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, die einen Staatsbürgerschaftswechsel hinter sich haben oder bei einer solchen Person

mitversichert waren, gelten für das AMS als „Personen mit Migrationshintergrund“. Die Meinung der Betroffenen dazu ist nicht gefragt. Sprenger betont, dass alle, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, automatisch einen leichteren Zugang zu Eingliederungsbeihilfen und Kursangeboten erhalten: „Wir gehen davon aus, dass man als Person mit Migrationshintergrund einen Wettbewerbsnachteil hat, der ausgeglichen werden muss.“

Dass Arbeitssuchende erstmals allein aufgrund ihrer Herkunftsgeschichte gefördert werden sollen, ist Neuland in der österreichischen Arbeitsmarktpolitik. Eine intensivere Betreuung wird ansonsten nur schwer vermittelbaren Personen zuteil. Wie groß der tatsächliche Nutzen der Förderung für die Betroffenen ist, lässt sich vorerst schwer abschätzen, klar ist jedoch, dass die Sache einen Haken hat: Mit dem „AMS-Migrantenindex“ wird der „Migrationshintergrund“ hochhoffiziell zum „Problemhintergrund“ erklärt.

Hintergründe verschleiert

Um die Frage, welche Auswirkungen es hat, wenn Menschen allein aufgrund ihres Geburtsorts oder dem ihrer Eltern als problembehaftet gelten, scheint sich niemand zu kümmern. Offen ist auch, ob nicht eines Tages die Daten, die das AMS über diese „Problemfälle“ sammelt, gegen die betroffenen Menschen verwendet werden.

Doch der Integrationsstaatssekretär und auch der Sozialminister wiegeln ab. Für sie ist „Migrationshintergrund“ ein nicht zu hinterfragendes Zauberwort, das es ermöglicht, anhand eines einzigen – in Wahrheit nichts sagenden – Parameters, eine Problemgruppe einzugrenzen. Damit ersparen sie sich die Mühe, im Detail zu eruieren, welche Umstände es tatsächlich schwer machen, in Österreich ins Erwerbsleben einzusteigen und sich dort zu halten.

Haben etwa Menschen mit einem bestimmten Sprachkenntnishintergrund Probleme? Scheitern Menschen an ihrem schwachen Mathematikhintergrund? Führt vielleicht ein nicht-österreichischer Ausbildungshintergrund zu Schwierigkeiten? Schafft ein schwacher Ressourcenhintergrund einen unaufholbaren Wettbewerbsnachteil? Fehlt es am nötigen Netzwerkhintergrund? Oder wirkt der Diskriminierungshintergrund von Politik, Behörden und ArbeitgeberInnen nachhaltig blockierend?

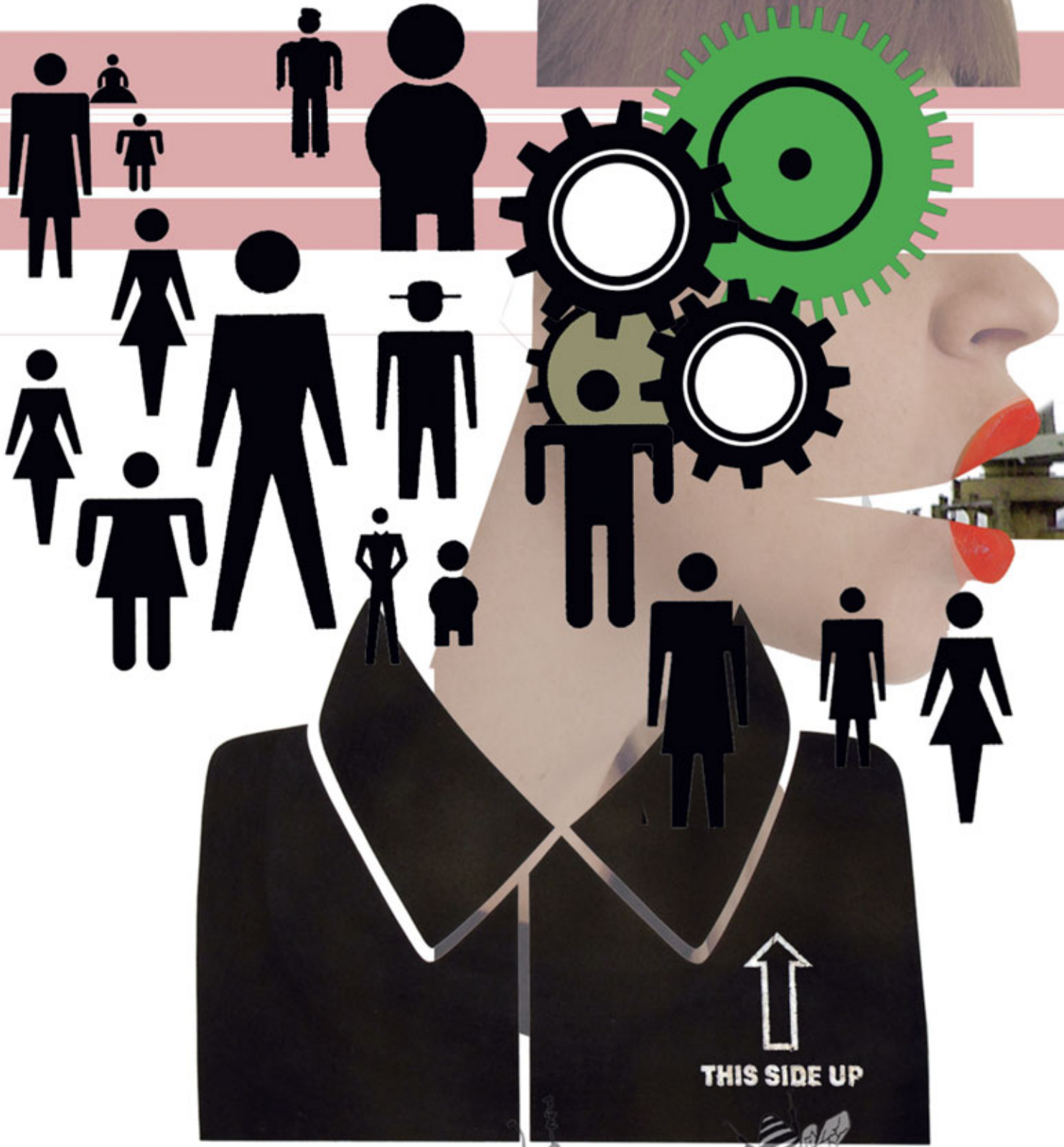
All diese Hintergründe und noch viele mehr sind deutlich wichtiger als der „Migrationshintergrund“ einer Person. Die Fokussierung jedoch auf genau jenen Hintergrund, der die schwächste Aussagekraft hat, führt dazu, dass in der österreichischen Politik der Grat zwischen Förderung und neuer Diskriminierung ein äußerst schmaler ist.



Mit dem „Migrantenindex“ werden erstmals Zuwanderer gezielt gefördert. Spezifische Probleme wie Sprach- oder Mathematikschwächen lassen sich durch die Kategorie des „Migranten“ aber nicht lösen.

Die Welt, made in Austria.

Um die Welt in Bewegung zu halten, braucht es Technologien wie zum Beispiel elektronische Mautsysteme und Intelligent Transportation Systems. Oder digitalen Zugfunk und Netzwerke für Stand- und Mobilkommunikation sowie Business-Lösungen für Unternehmen. Mit österreichischem Know-how von Kapsch. Und während die Welt sich weiter dreht, arbeiten wir bereits an den Innovationen der Zukunft. Mehr dazu unter www.kapsch.net



↑
THIS SIDE UP





ARBEITSFREUD' ODER ARBEITSLEID

Wir hassen sie bisweilen, aber ohne sie sind wir auch nicht froh: eine kleine Geschichte der Erwerbsarbeit.

Essay: Robert Misik
Illustration: Eva Vasari



Es gibt kaum etwas, was in unserem individuellen Leben, aber auch für das gesellschaftliche Leben eine derartige Bedeutung hat wie die Arbeit. Um nichts sind unsere Gesellschaften so herum organisiert wie über die Arbeit im Sinne von Erwerbsarbeit. Dass „Arbeit“ ja nur zum reinen Broterwerb da ist, Mittel zum Zweck, ist eine sehr falsche Vorstellung, die entweder dümmlich oder snobistisch ist. Welche herausragende Bedeutung die Arbeit für das Leben der Einzelnen wie auch für das Ge-

meinwesen, das sie miteinander bilden, besitzt, hat der Berliner Soziologe Wolfgang Engler so beschrieben: „Mit Arbeit gehen im Leben der Einzelnen sehr viele Aspekte einher, die leicht zu entfallen drohen, wenn die Arbeit weg fällt. Arbeit bettet noch immer Menschen, die im Berufsleben stehen, in ein ganzes Geflecht sozialer Bezüge ein. Natürlich erlaubt Arbeit dem- oder derjenigen, die über Arbeit verfügen, ein eigenes Leben zu führen, das materiell auskömmlich ist. Arbeit setzt zahlreiche Anreize, sich für etwas



auch über die Arbeit Hinausgehendes zu interessieren, sich weiter zu bilden, vielleicht auch kulturelle Interessen zu entwickeln. All das wird fraglich, wenn das Zentrum all dessen – eben Arbeit – aus dem Leben emigriert oder bloß noch tröpfchenweise fließt, so dass Arbeit mal kommt, mal geht, eher Episode im Leben bildet, als dass sie das Leben von innen organisiert und zusammenfügt. Arbeit ist nicht zuletzt ein Garant sozialer Ordnung, wie immer man zur Ordnung stehen mag. Sie fügt das Leben nicht nur in soziale Bezüge ein, sondern sie gibt ihm auch ein grobes zeitliches Raster.“

Die Arbeit hoch?

Arbeit, Erwerbsarbeit, sie versorgt uns also mit Geld, sie bettet uns in soziale Beziehungen ein, sie strukturiert den Tag, sie stellt uns – im besten Fall – Aufgaben, an denen wir auch wachsen können. Die Arbeitsstelle, gern salopp „Stelle“ genannt, versorgt uns auch mit einem sozialen Status, im besten Falle mit Prestige und Anerkennung. Eine gute Stelle geht mit Achtung einher, die der oder die Einzelne erfährt, und eine schlechte Stelle – oder gar keine Stelle – zu haben, zieht flugs Missachtung und Respektlosigkeit nach sich. Unser Beruf, „was wir sind“, ist eine ganz wesentliche Quelle unserer Identität; bist Du in Rente, gehörst Du zum alten Eisen, und oft emigriert mit der Arbeit auch die Aufgabe und die Freude aus dem Leben; nicht zuletzt sind auch die sozialen Sicherungssysteme in modernen Wohlfahrtsstaaten über Erwerbsarbeit strukturiert, jede Budgetdebatte mit ihrem leidigen Streit über „Lohnnebenkosten“ und ähnliches beweist es.

Wir könnten problemlos noch hunderte Zeilen füllen um die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit in unserem Lebensvollzug zu veranschaulichen. Dennoch oder gerade deshalb ist Arbeit aber oft auch eine Quelle von Unbill. Kommt die Rede auf die Arbeit, ist die Rede vom Arbeitsleid nicht fern. Mal gibt es viel zu viel zu tun, so dass das Burn-out droht, mal ist sie monoton und repetitiv, so dass sie eine Qual ist. Oder wir fühlen uns nicht respektiert in unserer Arbeit, lei-

WENN DIE ARBEIT AUSGEHT, HAT DAS ERST RECHT NICHTS BEFREIENDES.

den unter dem niedrigen Status unserer Stelle, oder weil sie uns zu wenig Geld einbringt oder beidem: Die Tatsache, dass sie für zu kleines Geld verrichtet werden muss, wird gerade als pekuniärer Ausweis von Missachtung gewertet. Es nimmt so kein Wunder, dass in der Geschichte der Erwerbsarbeit mit der zunehmenden Bedeutung der Arbeit auch die Hoffnung einherging, sie könne „unentfremdeter“ gestaltet werden oder die Maschinen könnten uns befreien vom all zu drückenden Joch repetitiver oder körperlicher Arbeit oder vom Arbeitsdruck.

Wird sie aber knapp die Arbeit, so steigt erst recht der umfassende Druck, der von der Arbeit ausgeht: Wer keine Arbeit hat, ist nicht befreit vom Arbeitsleid, sondern leidet umso schlimmer unter dem vielfachen Unbill, der vom Mangel der Arbeit ausgeht. Der oder die muss dann nicht nur mit wenig Geld auskommen, sondern sich mit

der sozialen Deklassiertheit arrangieren. Und wer, wenn die gute Arbeit Mangelware wird, noch Arbeit hat, der sieht sich dem Stress ausgesetzt, sie zu behalten, um nicht mit in den Strudel des Abstiegskampfes gezogen zu werden. Hinter jeder Stelle winkt die Abstiegsangst. Wenn die Arbeit ausgeht, hat das erst recht nichts Befreiendes.

In ihren besten Zeiten war mit der Erwerbsarbeit und der „Stelle“ Sicherheit verbunden und vertragliche Absicherung: Einkommen, Kündigungsschutz, Rentenversicherung und so fort, ein ganzer Rattenschwanz an Sicherheiten, die von der ArbeiterInnenbewegung, von Gewerkschaften und progressiven PolitikerInnen ertrug und erkämpft wurden. Erwerbsarbeit hat sich Respekt erkämpft, wurde im Zuge dessen aber auch erhöht, vielleicht auch ein wenig überhöht. „Die Arbeit hoch“ wurde in den alten Liedern gesungen, und dass die Arbeit die Quelle allen Reichtums sei, dass der Mensch sich erst verwirklicht in der Arbeit wurde erst philosophisch, dann pathetisch überhöht. „Die alte protestantische Werkmoral feierte in säkularisierter Gestalt bei den deutschen Arbeitern ihre Auferstehung“, ätzte schon Walter Benjamin, indem man „die Arbeit als ‚die Quelle alles Reichtums und aller Kultur‘“ definierte.

„Arbeit schändet“, haben daraufhin irgendwann die Spontis provokativ erwidert, und wir finden einen Nachhall dieser Arbeitskritik noch in den heutigen Debatten über ein „garantiertes Grundeinkommen“, besonders dann, wenn damit nicht nur eine Neuorganisation der sozialen Sicherungssysteme gemeint ist, sondern die Hoffnung einher-

geht, die kulturelle Bedeutung der Arbeit, die Wichtigkeit des Berufs für unsere Identität könnte damit reduziert werden.

Voodoo-Ökonomie

Weil uns der diskursive Sound, der uns umgibt, nahelegt, dass alles in der Krise ist – wir sind ja von allumfassendem Krisenbewusstsein umwabt – sind wir gewiss, auch mit der „Krise der Arbeitsgesellschaft“ konfrontiert zu sein. Eigentlich sprechen wir erst von der Arbeitsgesellschaft, seit sie in der Krise ist. Wir sind ja schließlich in der Industriegesellschaft aufgewachsen und in der Konsumgesellschaft, aber jetzt leben wir in der „Krise der Arbeitsgesellschaft“.

Daran ist natürlich manches wahr und wir können genügend Indizien dafür anführen: Mit der wachsenden Individualisierung verlieren kollektive Vertragsformen, die die Gewerkschaften stark machten – und damit wiederum in einer paradoxen Volte die individuellen Beschäftigten – an Bedeutung; jeder kämpft als Einzelner oder Einzelne ums

EINE „GUTE GESELLSCHAFT“ WIRD WOHL AUF ABSEHBARE ZEIT NICHT „JENSEITS DER ERWERBSARBEIT“ VERWIRKLICHT, SONDERN INDEM MAN MENSCHEN IN DIE LAGE VERSETZT, IHRE TALENTE ZU ENTWICKELN.

kleine Glück. Von der Vollbeschäftigung sind wir seit den achtziger Jahren schon weit entfernt. Die Reallöhne stagnieren und im niedrigen Einkommensbereich gehen sie seit Jahren zurück. Prekarität nistete sich erst am Rande der Arbeitswelt ein und frisst sich in ihr Zentrum, von der Generation Praktikum bis zum Zeitarbeiter. „Ein ganzer Teil der Bevölkerung, vor allem junge Leute, erscheint für Aufgaben von kurzer Dauer, für einige Monate oder ein paar Wochen, relativ vermittelbar und noch viel leichter wieder kündbar. Der Ausdruck ‚ständiger Zeitarbeiter‘ ist kein böses Wortspiel“, schreibt der französische Sozialforscher Robert Castel in seiner monumentalen Studie über die „Metamorphosen der sozialen Frage“, die nicht zufällig den Titel trägt: „Eine Chronik der Lohnarbeit“. Und fragt: „Wie soll man sich in sol-

chen Situationen einrichten und in solchen Verlaufskurven einen Lebensentwurf verankern“, wenn man sich in einem solchen „dauerhaft transitorischen Zustand“ befindet?

Gewiss ist all das wahr, aber wenn man diese Erscheinungen überbetont, kann man auch ein paar Tatsachen leicht aus dem Blick verlieren. Nicht nur, dass die Arbeit nicht ausgeht, die Erwerbsarbeit ist nicht auf dem Rückzug. Jahr für Jahr, von den dramatischen Krisenjahren abgesehen, gibt es nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch Jobwachstum. Immer mehr Menschen treten in den Kreis der Erwerbsarbeit, zuletzt etwa durch die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Soll man ja nicht vergessen: Vor dreißig Jahren war Lohnarbeit Männersache, derweil hat sich die Frauenerwerbsquote der der Männer angenähert. Gerade der „Consumer Driven Capitalism“, also der von der „Konsumentennachfrage angetriebene Kapitalismus“ braucht Erwerbsarbeit nicht nur, um Güter und Dienstleistungen zu produzieren, er braucht vor allem auch die Einkommen, die mit Arbeit verbunden sind, um zu prosperieren. Daran ändert

weder die Automatisierung etwas, noch die Prekarisierung, noch die Auswanderung bestimmter Industrien nach Asien. Dass „wir“ die Arbeitskosten reduzieren müssen, um im „Standortwettbewerb“ fit zu bleiben, ist neoliberale Voodoo-Ökonomie.

Prekarität ist deshalb ebenso wenig ein Naturgesetz wie stagnierende Löhne. Der Erwerbsarbeit den Rücken zu kehren und anderswo nach dem Glück Ausschau zu halten, ist wohl auch kein Königsweg ins Paradies. Eher, die „guten Seiten“ der Erwerbsarbeit zu stärken. Sie versorgt uns eben nicht nur mit Geld, sondern auch mit einer Aufgabe. Wer seine Arbeit als sinnvoll erlebt und in ihr respektiert wird und Tätigkeiten verrichtet, die ihm oder ihr Spaß machen, der oder die geht meist glücklicher durch das Leben. Eine „gute Gesellschaft“ wird wohl auf absehbare Zeit nicht „jenseits der Erwerbsarbeit“ verwirklicht, sondern indem man mehr und mehr Menschen in die Lage versetzt, innerhalb der Erwerbsarbeit aus ihrem Leben etwas zu machen, ihre Talente zu entwickeln und Freude an dem zu haben, was sie tun.

Die Entwertung der Arbeit

Arbeit sei kein Kostenfaktor wie jeder andere, sondern müsse wieder als sozialer Wert erkannt werden, fordert Nichi Vendola in einem Manifest für Italien.

Einer der Hoffnungsträger von Italiens Mitte-Links-Bündnis, Apuliens Präsident Nichi Vendola, lässt mit einer Publikation aufhorchen, in der er eine grundsätzliche Ökonomiekritik mit Vorschlägen für ein „besseres Italien“ verbindet. In seinem Programm, das eine gerechtere Steuerpolitik ebenso wie ein neues Bündnis von Staat und Markt propagiert, soll vor allem auch die Arbeit selbst neu bewertet werden. Vendola sieht die Arbeit, „die früher als Eckpfeiler jeden sozialen Fortschritts galt“, ihres zentralen gesellschaftlichen Stellenwerts beraubt. „Sie wurde zu einem Produktionsfaktor wie jeder andere, bei dem einzig und allein der Marktpreis zählt.“ Für das Heil der Ökonomie sei aber ein wesentliches Instrument sozialer Emanzipation aus der Hand gegeben worden: die Arbeit als sozialer Wert. Sie würde nicht nur individuelle Identität schaffen und Perspektiven sichern, sondern sei ein zentraler Baustein eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtbildes. Wer die Arbeitszusammenhänge zerstückelt, zerstöre auch den sozialen Zusammenhalt. Entsolidarisierung und das nutzenorientierte Individuum anstelle der Idee eines Gemeinwesens sei die Folge. Aber selbst in ökonomischer Hinsicht hält Vendola die Flexibilisierung für einen Mythos. Sie sei kein Allheilmittel, um den Verlust von Produktivität zu verhindern. „An die Stelle dieser Illusion muss wieder die kollektive Wahrnehmung von Rechten treten.“ Die Rolle, die der Staat dabei zu spielen hat, beschreibt Vendola mit Joseph E. Stiglitz: Er fordert eine Vision, in der der Staat eine neue, aktive Rolle innerhalb der Wirtschaft übernimmt: für eine bessere Umverteilung, eine bessere Rechtssituation, bessere Bildung; er müsste kleine Unternehmen und kreative Arbeit fördern und die Gemeingüter und soziale Sicherheit aller Bürger verteidigen. gun

Nichi Vendola

Es gibt ein besseres Italien

Kunstmann Verlag, 176 Seiten, 16,90 Euro

„SOZIALE BEWEGUNGEN SIND UN AUSWEICHLICH“

Die Soziologin Frigga Haug über eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf vier Stunden, ihre Theorie der Vier-in-Einem-Perspektive und die allgemeine Feminisierung von Arbeit.

Interview: Pascal Jurt

Fotos: Argument Verlag

Wir erleben eine Entwicklung, in der Arbeit und Leben zunehmend entgrenzt werden. Zugleich aber fallen auf problematische Weise Arbeit und Freizeit immer mehr ineinander. Glauben Sie, dass die Schärfung des Begriffs der Prekarisierung zum Verständnis alter und neuer Unsicherheiten kapitalistischer Vergesellschaftung beitragen kann?

Die Strategie des Abwartens war gewiss äußerst problematisch. Arbeitszeitverkürzung wurde nicht thematisiert, weil es doch um die Sicherung von Arbeitsplätzen ging. Die Diskurse um immaterielle und postfordistische Wissensarbeit finde ich bis heute eher verwirrend und nicht geeignet, die anstehenden Fragen zu beantworten. Schließlich geht es ganz brutal darum, dass der zunehmende Reichtum der Arbeit ganz den Kapitaleignern zu geschoben wurde. Das heißt, dass die Produktivkräfte soweit entwickelt wurden, dass nur mehr ein Bruchteil notwendiger Arbeit für die Reproduktion der Gesellschaft nötig ist. Die Arbeitszeiten blieben stabil oder wuchsen und infolgedessen wurden Arbeitskräfte nicht reicher, sondern entlassen. Ein Heer von ‚Überschüssigen‘ wurde als Druckmittel gegen die schrumpfende Anzahl der Erwerbstätigen genutzt. In dieser Weise konnten die Standards und die Ansprüche der Arbeitenden gesenkt werden. Jetzt muss man froh sein, überhaupt eine Arbeit zu bekommen. Diese Lage nutzt

die Kapitalseite, um das Heer der Prekarisierten zugleich zu vermehren und botmäßig zu halten, Zeitverträge und Hartz IV allenthalben als Durchschnitt für die Zukunft durchzusetzen. Mehr als einen exakten Begriff von Prekarisierung brauchen wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung und damit einen Arbeitsplatz von vier Stunden für alle als Menschenrecht.

Jüngst hat die gesellschaftliche Polarisierung von Armut und Reichtum dazu beigetragen, das Interesse an der Prekarisierung spürbar zu erhöhen. Betrifft soziale Unsicherheit, Leiharbeit, latente und manifeste Armut und das Workfare-Regime zunehmend auch die Mitte der Gesellschaft?

Das ist einer der besseren Effekte der großen Krise, dass sich die Erkenntnis durchsetzt, dass, wie es der Herausgeber der FAZ schrieb, die Linke doch recht hatte mit ihrer marxistischen Analyse des Kapitalismus. Das ist die eine Seite. Die andere ist, dass die Ungerechtigkeit in Bezug auf die wachsende Armut und der noch schneller wachsende Reichtum einiger so schreiend ist, dass soziale Bewegung unausbleiblich ist.

So sehr die Prekaritäts- und Exklusionsforschung die objektive gesellschaftliche Lage von Subalternen auch erhellt, oft gehen die subjektiven Dimensionen von prekarisierten

AkteurInnen verloren. Wie sehen sie das?

In Deutschland arbeitet das Institut für Soziologie um Klaus Dörre in Jena an einer Erweiterung der Theorie der Landnahme. Ferner sind für diese ungeheure zweite Enteignung der Arbeiterklasse, manchmal auch zweite ursprüngliche Akkumulation genannt, vielleicht andere Formen der Verarbeitung und des Engagements geeignet. Ich erinnere etwa an den Roman von Joachim Zelter, Schule der Arbeitslosen, der aufs Klarste die verschiedenen Folgen herausstellt, wie es eindrücklicher keine Statistik und Sozialanalyse hinbekommt. Oder aber an Filme, die sich des Themas annehmen. Was fehlt, ist aber eine Politik, die das Menschenrecht auf Arbeit durchsetzt. Und zwar kurze und gute, menschenwürdige Arbeit.

Frauen sind nicht nur durch eine verstärkte Kapitalisierung des Reproduktionsverhältnisses, sondern auch durch die unbezahlte Reproduktionsarbeit sprichwörtlich „doppelt belastet“ und von Armut gefährdet. Sie analysieren die Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse. Inwieweit kann Ihr feministischer Ansatz den Blickwinkel auf Arbeit erweitern?

Nochmal: Ich ziehe es vor, nicht von einer Erweiterung des Arbeitsbegriffs zu sprechen, was – mir unverständlich – soviel Gegenwehr



Frigga Haug: Die deutsche Wissenschaftlerin sieht das Ende unseres Arbeitszeitmodells kommen.



ZUR PERSON

Frigga Haug

Frigga Haug, 1937 in Mühlheim an der Ruhr geboren, forschte u. a. zu Themen der Frauenpolitik sowie Arbeit und Automation. Sie hatte eine Professur für Soziologie an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg inne und veröffentlichte zahlreiche Publikationen u. a. über Marxismus, Feminismus, Kritische Psychologie. Sie war Redakteurin der Zeitschrift „Das Argument“, Mitglied der Ostermarschbewegung, des Frauenbundes, Mitbegründerin des Forums sozialistischer Feministinnen. Sie ist heute u. a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Vorsitzende des Berliner Instituts für kritische Theorie. 2010 firmierte sie als Ko-Herausgeberin von „Arbeiten wie noch nie!? Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit.“

und Angst hervorgerufen hat, sondern schärfer und offensiver von einer Wiederaneignung des Arbeitsbegriffs. Das bedeutet, dass Arbeit auch begrifflich aus den Fesseln der Lohnarbeit zu befreien ist, wie der Kampf für die Arbeitenden ja nicht der Verewigung der Lohnarbeitsverhältnisse gilt, sondern einer alternativen Gesellschaft. Meine feministischen Studien und Kämpfe von fast 40 Jahren haben mich dazu gebracht, die „Vier-in-einem-Perspektive“ zu entwickeln, die die verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten zum Ausgangspunkt nimmt, um von daher eine Politik vorzuschlagen, die real und heute ansetzt, aber eine Perspektive hat, die auf eine alternative Gesellschaft anzielt. Es geht um jene Arbeiten, die jetzt in Lohnform geschehen, dann diejenigen, die der Reproduktion aller zukommen, also die pflegende fürsorgende Arbeit mit Menschen, die Freunde, Alte, Behinderte, Kranke, Kinder umfasst, um die der Eigenentwicklung aller Fähigkeiten, wodurch die gesamte Menschheit reicher wird und schließlich darum, die Gesellschaftsgestaltung in eigene Hände zu nehmen, was wir Politik nennen. Mein nächstes Buch wird der „Tragödie der Arbeit“ gewidmet sein.

Vor allem Teilzeitarbeit mit ihrem geringen sozialen Standard hat seit den 1980er Jahren zugenommen und betrifft Frauen, die knappe Familieneinkommen aufbessern müssen. Warum gibt es so wenig politische Anstrengungen, Teilzeitarbeit auch für Männer attraktiv zu machen?

Das halte ich für eine revolutionäre Forderung. Sie verallgemeinert das Besondere und ist damit geeignet, auch das Abzulehnende von Teilzeitarbeit öffentlich zu besprechen und damit zu verändern. Ich habe schon eine Kampagne dazu begonnen. Sie ist umstritten, und zugleich gehört sie zum Projekt der Vier-in-Einem-Perspektive, nach der ja alle nur mehr vier Stunden arbeiten sollten. Es ist nicht leicht, der Angst, alle würden dann auch nur vom halben Entgelt leben müssen, wirksam zu begegnen. Es muss also diese Kampagne mit der Forderung nach einem Grundeinkommen, besser nach den sozialen Garantien des Lebens, wie dies Rosa Luxemburg ausdrückt, begleitet werden. Ich habe das letzte Soziaforum mit dieser Forderung eröffnet. Derzeit läuft in der LINKEN in Nordrhein-Westfalen eine Kampagne dazu. In der Tat setzt sich allmählich auch in der herrschenden Politik durch, dass Zeit-

kämpfe angesagt sind. Sowohl SPD, CDU und Grüne bewegen sich in die Zeitpolitik, einzelne Gewerkschaften fordern jetzt die 30-Stundenwoche, was nicht dasselbe ist, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Unter der rot-grünen Regierung kam es mit den Hartz-Regelungen in Deutschland zu einer repressiven Aufwertung von Arbeit. Gesellschaftliche Teilhabe wurde nun direkt an einen „gemilderten“ Arbeitszwang geknüpft, Leute in unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt, Minijobs und Leiharbeit boomen seitdem. Wie hat sich die Situation für Frauen mit der Einführung der „Hartz-Reformen“ verändert?

Nicht der „Zwang“ zur Arbeit ist ganz und gar abzulehnen, denn ein Menschenrecht auf Teilhabe und also auch an gesellschaftlich notwendiger Arbeit gehört doch zu den Forderungen für ein würdiges Leben. Aber die mit Hartz durchgesetzten Verhältnisse führen ja keineswegs zum Recht auf sinnvolle Arbeit und Teilhabe an Gesellschaft, sondern zu unwürdigem Lebens- und Zeitverbrauch bei steigender Armut und einer Art Verwahrlosung kulturellen Lebens und einer Annullierung politischen Lebens für alle. Die Kluft zwischen der Forderung nach allseitiger Entfaltung aller Möglichkeiten und dem einen Euro, den unsere Regierung dafür für die Kinder der Hartz-Empfänger vorsieht, wird schon im Denken kaum überbrückbar. Das gilt in eklatantem Maß für Frauen, die auf allen unteren Ebenen den größten Anteil haben. Ihre bislang kaum skandalisierte Nutzung als teilzeitarbeitende Lückenfüller haben nicht nur ihre eigenen Ansprüche praktisch im Zaum gehalten – sie haben auch dafür gesorgt, eine allgemeine „Feminisierung der Arbeit“ durchzusetzen in der Weise, dass das, was Frauen Jahrzehnte zugemutet wurde, nun auch im Namen von Gleichstellung für Männer gelten kann. Da die Ansprüche, sich ‚beschäftigungsfähig‘ zu halten, stets wachsen, kann man von einer Reproduktionskrise sprechen, weil die umfassende Sorge auch für die Nachwachsenden nicht mehr gewährleistet ist.



Frigga Haug
Die Vier-in-einem-Perspektive

Argument Verlag
352 Seiten, 19,50 Euro

WENN LEISTUNG NICHTS NÜTZT

Seit Jahren kommen hoch qualifizierte Zuwanderer und Flüchtlinge nach Österreich, doch ihre gute Bildung liegt brach. Nach der erfolgten Dequalifizierung findet kein beruflicher Aufstieg mehr statt.

Reportage: Eva Bachinger, Martin Schenk

Fotos: Florian Lems

Herr Sahebzada holt eine Schachtel aus der Kommode. Er setzt seine Lesebrille auf und packt Fotos, Briefe, den Diplomatenpass aus. „Das hier ist eine Einladung zum Lunch und das eine zum Bankett beim damaligen pakistanischen Präsidenten Nawaz Sharif in Islamabad. Und das, das können Sie nicht lesen, aber das ist eine Einladung in den Iran.“ Oft hat er in den neunziger Jahren als Beamter des Außenministeriums den damaligen Präsidenten Burhanuddin Rabbani und Minister bei Reisen begleitet. Ein Foto zeigt ihn, im feinen Anzug samt Krawatte, im Flugzeug neben dem Präsidenten auf dem Weg nach Kairo zu einem Treffen mit Hosni Mubarak. Auf einem anderen Foto sitzt er neben dem heutigen afghanischen Oppositionsführer Abdullah Abdullah in einer Hotelloobby in Dubai. „Das ist alles vorbei. Das war eine andere Zeit.“, sagt er und räumt die Fotos wieder weg. Es ist spät: Morgen früh muss er wieder zur Arbeit – als Abwäscher im Cafe Leopold im Wiener Museumsquartier.

Said Haroun Sahebzada und seine Frau Farkhunda sind hoch gebildete Leute und stammen aus Afghanistan. In Kabul haben sie Rechts- und Politikwissenschaft studiert. Frau Sahebzada war Richterin am Obersten Gerichtshof – bis die radikal-fundamentalistischen Taliban an die Macht kamen. Seit seiner Flucht vor mehr als zehn Jahren lebt das Ehepaar mit seinen drei Töchtern in Wien. In der ersten Zeit in Österreich hat Herr Sahebzada noch geglaubt, dass er seine Bildung nützen



Herr Sahebzada begleitete als Beamter in Afghanistan den Staatspräsidenten. In Österreich wäscht er Geschirr ab.



Fotos: Florian Lems © Deuticke im Paul Zsolnay Verlag

Menschen mit guten beruflichen Qualifikation finden in Österreich oft zu wenig Anerkennung - doch der unterste Arbeitssektor braucht Nachschub.

könne. Doch die harte Arbeit auf Baustellen raubte ihm seelisch und körperlich jede Energie. „Ich kam oft nach Hause und konnte nicht einmal mehr sprechen, weil ich so müde war.“ Auch die Tätigkeit als Küchenhilfe ist oftmals anstrengend, vor allem zu Spitzenzeiten, wo bis zu 200 Gäste im Café essen und trinken wollen. Er hat auch das Gefühl, dass sein geistiges Niveau in den vergangenen Jahren durch die mangelnde Förderung gesunken sei. Zum Beispiel seine Englischkenntnisse seien nicht mehr auf dem hohen Level wie früher, meint er. Farkhunda wollte ihre guten Deutschkenntnisse noch weiter verbessern. Doch sie holte sich einen ordentlichen Dämpfer beim Arbeitmarktservice, das ihr keine weiteren Kurse finanzieren wollte. „Es hieß immer: ‚Sie sprechen doch schon so gut Deutsch, das reicht für eine Arbeit als Reinigungskraft‘. Ich glaube, viele halten es nicht für möglich, dass ich eine juristische Ausbildung habe. Es hat sich nie jemand dafür interessiert. Niemand fragt, ob ich meine Qualifikation wieder irgendwie anwenden möchte. Niemand hat uns gefragt, was wollen Sie noch in ihrem Leben machen. Haroun hat am Anfang aufgegeben, doch ich will nicht aufgeben.“

Geringe Qualifikation „gefragt“

Das Ehepaar Sahebzada ist kein Einzelfall. Laut einer Studie der OECD, die im Dezember 2011 veröffentlicht wurde, sind MigrantInnen am Arbeitsmarkt in der Europäischen Union deutlich benachteiligt. Jeder fünfte Beschäftigte mit Migrationshintergrund wird weit unter seinem eigentlichen Ausbildungslevel eingesetzt. In den letzten Jahren verzeichnete Österreich eine höher qualifizierte Zuwanderung durch Flüchtlinge, die aber kaum wahrgenommen wird. Drittstaatenangehörige müssten ihrer Ausbildung entsprechend eigentlich um 30 Prozent, Eingebürgerte um 20 Prozent mehr verdienen. Sie werden weit unter ihrer Qualifikation beschäftigt – und Anstrengung und Leistung nützt bei vielen offenbar wenig. Nach der erfolgten Dequalifizierung findet kein beruflicher Aufstieg mehr statt. Die Zuwanderung von vielen gut ausgebildeten Menschen wird wohl auch deshalb ignoriert, weil der unterste, gering qualifizierte Arbeitssektor konstant groß ist. Hilfs- und Anlern Tätigkeiten machen insgesamt 26 Prozent der Beschäftigung aus, einen von vier Arbeitsplätzen. Das ist kein Randbereich, sondern ein beträchtlicher Sek-

tor. Zwei Drittel der MigrantInnen sind als ArbeiterInnen beschäftigt, unter ihnen 63 Prozent der Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien, 65 Prozent aus der Türkei. Sie arbeiten im Handel und in der Sachgütererzeugung, im Tourismus und in der Gastronomie, in der Industrie und in der Bauwirtschaft, in Reinigungsfirmen und im Gesundheitssektor. Das sind Branchen, in denen der Wettbewerb sehr hoch und die Beschäftigungsstabilität nur gering ist. Das Einkommen ist in diesen Bereichen jedenfalls konstant niedrig.

Insgesamt ist die Nachfrage nach gering qualifizierten Tätigkeiten größer als die Anzahl an Menschen mit geringen Qualifikationen, die zur Verfügung stehen. Daraus folgt, so der Soziologe August Gächter, dass „in erheblichem Umfang höher Ausgebildete in gering qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt sein müssen“. So ist es auch. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in gering qualifizierten Tätigkeiten hat eine mittlere Ausbildung. Es gibt einen Überschuss an mittleren Ausbildungen und zu wenig Geringqualifizierte für die zahlreichen „unteren“ Jobs. Deswegen entsteht die Schwierigkeit, eigene Bildung nicht verwerten zu können. Davon sind überproportional MigrantInnen betroffen.

Widersprüchliche Zuwanderungspolitik

Deutschlernen sei der Schlüssel zur Integration, heißt es. Die Sache ist aber komplizierter, sonst müssten die Jugendlichen in den Pariser Vorstädten bestens integriert sein, sprechen sie doch tadellos Französisch. Es fehlt an Jobs, Aufstiegsmöglichkeiten, Wohnraum, guten Schulen. Ein Schlüssel braucht immer auch ein Schloss. Die einen investieren nur in Schlüssel, die anderen nur in Schlösser, und dann wundern sich alle, dass die Türen nicht aufgehen. Alle Untersuchungen zeigen: Für MigrantInnen ist die Verwertung der Bildung meist das größere Problem, als es die Erlangung der Bildung selbst schon war. Wenn man nachrechnet, dann sieht man, dass vom gesamten sozialen Unterschied zwischen der Bevölkerung mit in Drittstaaten absolvierter Bildung und der Bevölkerung mit im Inland geborenen Eltern nur ungefähr ein Drittel auf den Bildungsunterschied entfällt, rund zwei Drittel aber auf ungleiche Chancen am Arbeitsmarkt bei gleicher Bildung. Ibrahim Omers Hände waren früher ohne Schwielen: Denn in seiner Heimat Bosnien ar-

beitete er als Buchhalter. In Österreich konnte er an diese Berufserfahrung nicht anschließen, erzählt der anerkannte Kriegsflüchtling. „Ich musste eben andere Arbeiten machen. Aber das ist typisch für viele meiner Landsleute. Fast alle, die ich kenne, haben eine gute Ausbildung und hatten gute Stellen in Bosnien. Sogar trotz Nostrifizierung arbeiten Ärzte als Pfleger. Meine Frau war Sekretärin, doch auch sie arbeitete jahrelang als Reinigungskraft.“ Magdalena Gratz aus der Slowakei hat Krankenpflege und Rehabilitation studiert und mit Auszeichnung abgeschlossen. Für ihre Arbeit als einfache Altenpflegerin im Caritas-Seniorenwohnhaus St. Anna in Linz war sie eigentlich überqualifiziert. „Ich lege keinen Wert darauf mit Frau Magister angesprochen zu werden“, meint sie bescheiden. Ihr Arbeitgeber lässt ihr Potenzial nun nicht mehr brachliegen: Seit einem halben Jahr leitet sie eine Station in dem Altenheim.

Wenn also die wichtige Funktion der Bildung betont wird, dann muss auch ihre reale Verwertung auf dem Arbeitsmarkt Thema sein. Wenn mehr qualifizierte Zuwanderung gefordert wird, dann muss man zumindest darauf hinweisen, dass es diese seit zwanzig Jahren gibt, sie aber nicht zur Kenntnis genommen wird. Wenn davon gesprochen wird, dass wir ab jetzt nur mehr Hochqualifizierte als Zuwanderer brauchen, dann muss auf den Widerspruch der großen Nachfrage im Niedriglohnsektor verwiesen werden. Und der Druck muss zur Sprache kommen, der mittlerweile Bessergebildete dazu zwingt, im untersten Sektor zu arbeiten.



Die AutorInnen werden das Buch am 27. März um 19 Uhr in der Wiener Hauptbibliothek und am 23. April in der Thalia-Filiale Landstrasse präsentieren.

Eva Maria Bachinger, Martin Schenk
Die Integrationslüge
 Deuticke Verlag, Wien
 208 Seiten, Euro 17,90 Euro

DIE BEFREIUNG DER ARBEIT

Ein Firmenchef beteuert angesichts leerer Arbeitsplätze, er wisse nicht, wo seine MitarbeiterInnen stecken. Wichtig seien die Ergebnisse. Kann ein Unternehmen mit maximaler Arbeitsautonomie erfolgreich bilanzieren? Der brasilianische Konzern Semco im Österreich-Abgleich.

Text: Nasila Berangy

Arbeiten nur dann, wenn man auch will? Selbst den Chef auswählen und so viel verdienen, wie man die eigene Arbeitsleistung einschätzt? Unsinn, das kann es nicht geben. Gibt es aber doch. Eine Firma voller Verrückter, so lautet die Selbstbeschreibung von Semco, einem Unternehmen in Brasilien, das mit seinem Management weltweit für Schlagzeilen sorgt. Geschäftsführer Ricardo Semler wurde wohl aber auch damit berühmt, dass sein Geschäftsmodell ziemlich erfolgreich arbeitet. Die von ihm publizierten Ratgeber haben es längst über die Grenzen Brasiliens geschafft.

Das Konzept von Semco klingt simpel: Der Mensch entfaltet nur dann seine Kreativität, wenn das Management es auch zulässt. Die Angestellten von Semco arbeiten deshalb selbstbestimmt. Ist eine Mitarbeiterin auf Geschäftsreise, so bestimmt sie selbst, wie

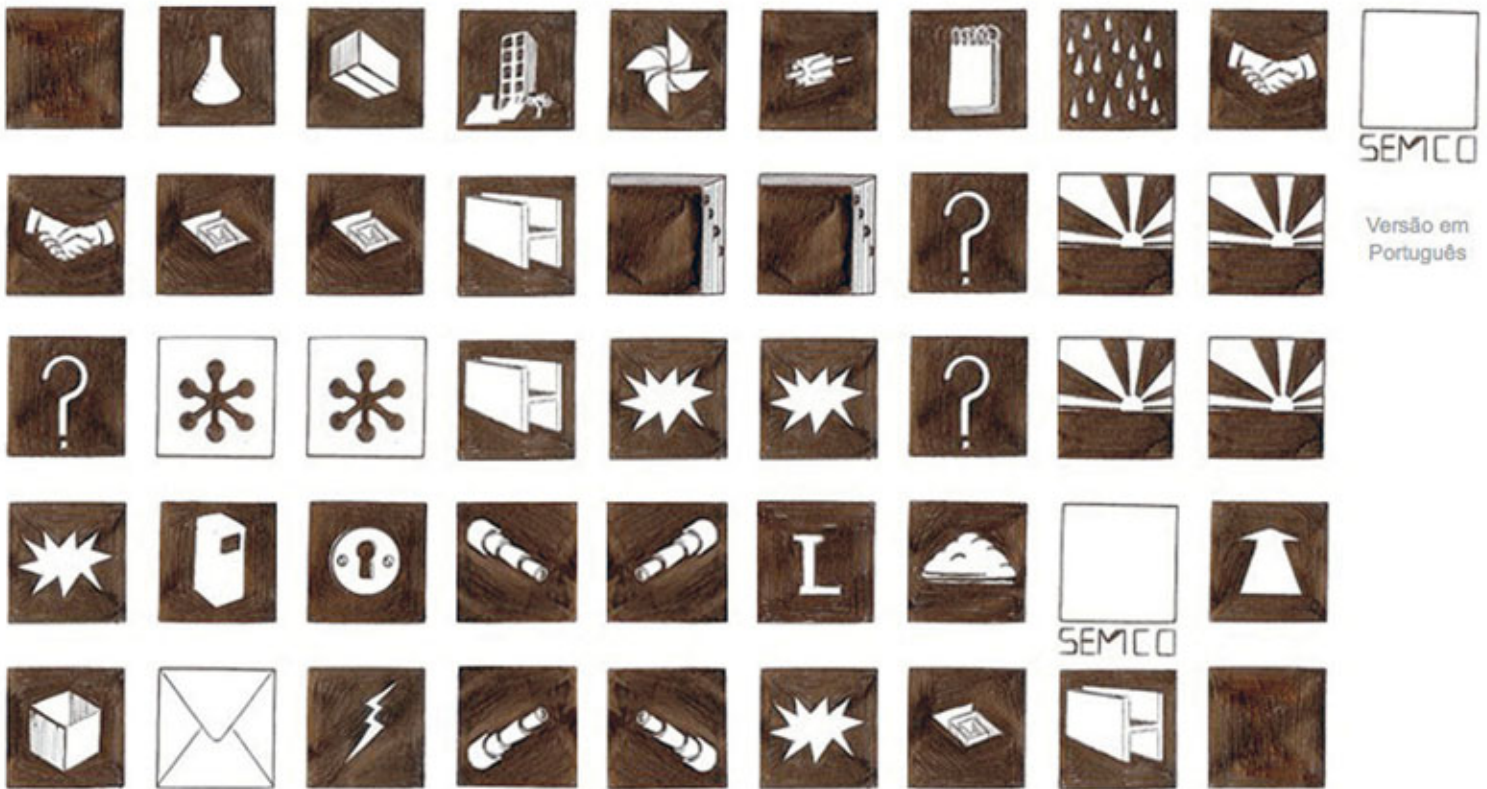
viel dafür ausgegeben werden soll. Braucht ein Mitarbeiter neue Büromöbel oder einen Computer, sucht er sich aus, wie viel es kosten darf. Eines steht dabei fest: Semco bezahlt. Über all der Freiheit darf die ratio natürlich nicht vergessen werden: Die MitarbeiterInnen begründen ihre Vorstellungen gegenüber dem Team, stimmt es zu, steht den Einkäufen nichts im Weg.

Vorgefertigte Hierarchien sind bei Semco weniger gefragt, oder, wie auf der Firmen-Website zu lesen steht, sind „übertriebene Bürokratien“ schlicht unnötig. Glaubt man der Eigenbeschreibung, genießen die MitarbeiterInnen alle Freiheiten, ohne Formalitäten, dafür aber gegenseitigen Respekt. Jeder und jede wird gleich behandelt, von der Managerin bis zum Arbeiter. Die Rechnung ist einfach: Jede/r leistet einen Beitrag, jede Arbeit ist gleich wichtig und gleich wertvoll. Semco

fühlt sich durch glücklichere Angestellte bestätigt. Aber auch wirtschaftlich stimmt das Ergebnis: Beeindruckendes Wachstum und eine längerfristige Loyalität als in anderen Unternehmen sowie höhere Produktivität scheinen die Früchte der ungewöhnlichen Firmenphilosophie.

Utopie oder kluges Managementmodell?

Semco wurde in den 1950ern gegründet und ist ein breit aufgestelltes Dienstleistungsunternehmen, das in unterschiedlichen Feldern wie industrieller Maschinenbau, Herstellung von Klimaanlage für große Geschäftshäuser und deren Wartung, Facility Management für große Gebäudekomplexe oder auch Umweltberatung tätig ist. Der heutige CEO, Ricardo Semler, übernahm 1983 das Unternehmen von seinem Vater. An seinem



Semco-Website: Icons mit Handshake und aufgehender Sonne. Der Konzern verfügt über kein Personalbüro und kaum Hierarchien. 3.000 MitarbeiterInnen produzieren Maschinen und bieten dazu passende Services an

ersten Tag trennte er sich gleich von 60 Prozent des Managements. Dafür arbeitet er selbst mehr als zehn Stunden am Tag, bis fünf Jahre später sowohl Geist als auch Körper sich zu Wehr setzten. Für Semler Grund genug sein Leben und seine Firma neu zu orientieren. Er verpasste dem Unternehmen eine gänzlich neue Kultur, nach der Teams gemeinsam Entscheidungen über zentrale Fragen treffen: über jene des Budgets, die Höhe des Gehalts – je höher dieses ausfällt, desto höher sind auch die Erwartungen an den Mitarbeiter –, über die Aufnahme und Entlassungen von Angestellten wie schließlich auch die eigene Führungskraft. Über Arbeitszeiten und den Arbeitsort können die Semco-Leute selbst entscheiden. Daher sind mehrere Büros in der Stadt verteilt. Und falls MitarbeiterInnen lieber von Zuhause aus arbeiten, so sei das auch kein Problem.

In seinen Büchern wie „Die Befreiung der Arbeit: Das 7-Tage-Wochenende“ führt Semler seiner staunenden Leserschaft aus, dass er seine MitarbeiterInnen wie Erwachsene behandelt und nicht wie Kinder. Darauf einmal von einem CNN-Reporter angesprochen, zog Semler einen Vergleich zwischen dem Lehrpersonal und seinen SchülerInnen. Auch Unternehmen würden wie in der Schule darauf achten, dass seine MitarbeiterInnen pünktlich zur Arbeit erscheinen. Semco hält das für wenig effizient. Penibel achtet man darauf, sich in seinen Perspektiven von anderen Unternehmen abzuheben. Semler dazu: „Wenn Sie bei Semco ins Büro schauen, werden Sie jede Menge freie Arbeitsplätze finden. Die Frage ist, wo sind alle diese Mitarbeiter? Ich kann Ihnen sagen: Ich habe nicht die leiseste Ahnung und es interessiert mich auch nicht.“

Semler ist nicht irgendein Wirrkopf. 1990 wurde er vom Wall Street Journal zum lateinamerikanischen Geschäftsmann des Jahres gewählt. Er hat in Harvard unterrichtet und sicherlich auch dort gepredigt, dass es vollkommen irrelevant sei, ob MitarbeiterInnen eine bestimmte Anzahl an Stunden im Büro sitzen. Gefragt seien deren Ergebnisse und Lösungen. Einer der entscheidenden Faktoren dabei ist: Wenn man die Leute nicht tun lässt, wie und was sie möchten, wird der Arbeitgeber niemals erfahren, zu welchen Leistungen seine Teammitglieder eigentlich im Stande sind. Insofern überraschen die unkonventionellen Jobinserate Semcos nicht: „Wir haben keine offenen Stellen derzeit, aber bewerben Sie sich trotzdem. Kommen Sie und reden Sie darüber, was Sie für uns tun können, und wie wir vielleicht eine Stelle für Sie schaffen könnten.“

Kann ein solches Managementmodell wirklich funktionieren oder ist es reine Utopie? Zumindest auf dem Papier behält Semco recht. Seit Semlers Übernahme stieg der Gewinn des Unternehmens von 35 auf 220 Millionen US-Dollar. Die Anzahl der Beschäftigten erhöhte er von einigen Hundert auf stolze 3.000 Leute. Die Fluktuation im Unternehmen liegt unter einem Prozent. Nicht umsonst legt Semler in Interviews gerne sein Modell dar.

Österreich: Mitbestimmung nicht akzeptiert

Doch wie sieht es in Österreich aus? Für Silvia Hruška-Frank, Arbeitsrechtsexpertin der Arbeiterkammer, klingt das Modell zwar gut, ein Urteil möchte sie sich gegenüber MO ohne nähere Informationen aber nicht erlauben. Die Arbeitsrechtlerin zeigt

sich vorsichtig: Ein Modell wie dieses könne vielleicht in einem Land wie Brasilien funktionieren, wo eine andere Unternehmenskultur als in Österreich herrscht. Hierzulande würden Experimente wie dieses aber mit Skepsis betrachtet, siehe die Einführung der Montessori Schulen. Die Skepsis der Arbeitnehmer-Vertreterin wird auch von ihrem Kollegen in der Wirtschaftskammer geteilt. Für WKO-Mann Rolf Gleißner ist das Semco-Modell nicht kompatibel mit unserer Rechtslage, die auf einem anderen Arbeitszeitgesetz basiert. „Hier stößt man also an das österreichische Rechtssystem“, so Gleißner.

Hruška-Frank spricht angesichts österreichischer Arbeitsverhältnisse schlicht von einer „großen Utopie“. Zu ungleiche Machtverhältnisse und wirtschaftlicher Druck, der unter dem Vorwand der Wirtschaftskrise an

die Belegschaft weitergegeben werde, um deren Anzahl nach unten zu schrauben und mit LeiharbeiterInnen aufzufüllen, so sehe die Realität aus. Mitbestimmung sei in Österreich ohnehin nicht besonders akzeptiert. Dass Vertrauens-Arbeitszeitmodelle nicht immer gut sein müssen, liegt vor allem daran, dass sie in Österreich oft an All-in-Verträge gekoppelt sind, die nicht immer zum Vorteil der MitarbeiterInnen ausfallen. Hier werde es oft schwierig, die Grenze zwischen Arbeits- und Privatzeit zu ziehen. Das ginge oft in Richtung Selbstaussbeutung, weiß Hruška-Frank aus der Praxis. Dabei können ArbeitnehmerInnen nicht mehr sagen, was ihr Grundgehalt und wie hoch der Stundensatz ist, und ob sie überhaupt Überstunden ausbezahlt bekommen. Mittlerweile gebe es auch All-in-Verträge, die auch Reisekosten

Arbeitszeitautonomie für Angestellte führt laut IBM zu Zeitsouveränität und erhöht die Motivation der MitarbeiterInnen.



und Aufwände bereits im Gehalt inkludieren. Das registrieren die AK-ExpertInnen vor allem bei jüngeren Angestellten. Für den Arbeitgeber sei das bequem, hat seine Buchhaltung es doch Monat für Monat mit den gleichen Kosten zu tun. ArbeitnehmerInnen selbst fänden das zu Beginn attraktiv, um später drauf zu kommen, dass damit ein hoher Einsatz verbunden ist.

Untersuchungen der Firma Semco zeigen, dass 27 Prozent der Mitarbeiter auch Sonntags um acht Uhr abends online sind, um ihre E-Mails zu bearbeiten. Auch hier sieht Gleissner rechtliche Hindernisse für Österreich: Sonntags gilt ein Beschäftigungsverbot.

Für Hruška-Frank ist das die Kehrseite flexibler Arbeitszeitmodelle, denn es gibt Leute, die ihr Handy nicht mehr ausschalten. Sie sind die ersten KandidatInnen für ein Burn-out.

Kritisiert wird auch, dass Vertrauensarbeitszeit die Belegschaft aufgrund der Konkurrenzsituation von sich aus zu mehr Überstunden treibt, ohne dass diese jemals honoriert würden. Zugleich hat der Arbeitgeber die lästige Aufgabe des Zeitmanagements an das Personal abgeschoben. Die Entkoppelung von Arbeits- und Anwesenheitszeiten bewirkt zudem, dass die sonst gesetzlich festgeschriebenen Erholungspausen leicht entfallen.

Sind solche Arbeitszeitmodelle aber nicht an einen All-in-Vertrag gebunden, enthalten sie auch Vorteile. Gerade für allein erziehende Eltern ist Flexibilität wichtig, mit Heimarbeit erspart man sich den Weg zur Arbeit. Hruška-Frank rät, dennoch einige Tage im Unternehmen zu verbringen, um den Kontakt zu den Kollegen und Vorgesetzten nicht gänzlich zu verlieren.

Österreich ein konservativer Arbeitsmarkt

Georg Haberl, Pressesprecher von IBM Österreich, sieht sein Unternehmen als Vorreiter flexibler Arbeitszeitmodelle. Er erinnert daran, dass der Durchbruch mit Notebook und Internet kam. Für Haberl ein klarer Fall: „Wenn ich Freitagmittag lieber laufen gehe und kein Problem damit habe, dafür am Samstag zwei Stunden zu arbeiten, dann kann sich der Mitarbeiter das ja so einteilen.“

Auch für IBM Österreich scheint unbestritten, dass komplexe Zusammenhänge Freiraum brauchen, und diese die Kreativität fördern. MitarbeiterInnen werden deshalb ermutigt Risiken einzugehen und unpopuläre Wege zu beschreiten. Dass ein Software-Entwickler aus



Semco-Chef Semler: Visionär oder kluger „Manager des Jahres“? (Wallstreet Journal)

falsch empfundener Freiheit aber lieber Pflanzen züchtet als Computer zu entwickeln, das ginge aber nicht. Haberl: „Das mit der Freiheit geht nur bis zu einem gewissen Grad.“ Insbesondere dort, wo auch Sicherheitsfragen im Spiel sind wie in einem Kraftwerk, wäre Kreativität dann weniger gefragt. Ins gleiche Horn stößt WKO-Mann Gleißner, der das Beispiel des Einzelhandels einbringt, wo man an fixe Arbeitszeiten gebunden ist. Gerade im mitteleuropäischen Raum gebe es eine Zeitgebundenheit, die zumindest auf diesem Sektor eine Vertrauensarbeit nicht zulässt. Er schwört auf Regeln und Strukturen, auf die sich ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen einigen. Bei IBM können sich MitarbeiterInnen zumindest zu einem Drittel ihren Arbeitsort und ihre Arbeitszeit selbst einteilen. Bei IBM ist das Verhältnis eins zu drei: einen Arbeitsplatz nutzen drei MitarbeiterInnen. Anstatt Köpfe würden aus Kostengründen Arbeitsplätze eingespart. Haberl: „Höhere Autonomie führt zu Zeitsouveränität, und dadurch erhöht sich auch die Motivation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.“

Auch den Aspekt der Auswahl der Führungskraft empfindet Haberl als nicht ganz so absurd. Jede IBM-Managerin wird weltweit von

ihren Teams in einer anonymisierten Umfrage nach inhaltlichen Aspekten bewertet. Die Ergebnisse fließen dann in das Gespräch mit den Vorgesetzten ein. Soviel zur „Open-door-policy“ bei IBM.

Und wie sieht es in Österreich mit der Fluktuation aus? Das ist branchenabhängig, sagen die ExpertInnen. Schlechte Ar-

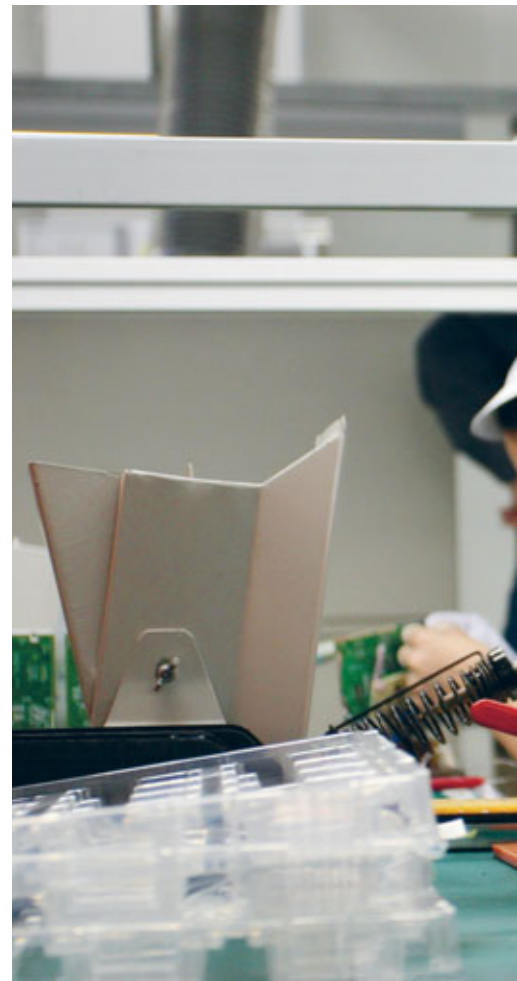
„DAS MIT DER FREIHEIT GEHT NUR BIS ZU EINEM GEWISSEN GRAD.“

beitsbedingungen sind mit höherer Fluktuation verbunden, in der Reinigungsbranche zum Beispiel ist sie hoch. Ein echtes Tabu scheint in Österreich im Fall von Gehaltsfragen zu herrschen. Für Hruška-Frank ist Transparenz oder gar Mitbestimmung völlig undenkbar. Hierzulande würden ja selbst manche LebenspartnerInnen nicht darüber sprechen, wie viel der/die Andere verdient. Immerhin ein Schritt vorwärts ist das neue Modell der Abfertigung, da es den ArbeitnehmerInnen eine Flexibilität bietet, die sie bisher nicht hatten: Mit der Abfertigung neu kann man kündigen, ohne seine Abfertigung zu verlieren.

DIE GLOBALISIERUNG DER ARBEIT

Länder wie China oder Indien sind heute die Manufakturen Europas. Ob Spielzeug, Schuhe oder Computer – fast alles wird in Entwicklungs- und Schwellenländern hergestellt. Gibt man mit der globalisierten Massenproduktion auch Verantwortung ab?

Text: Karin Fischer



Im Jahr 2007 vollzog sich in den USA eine Trendwende: Sie hatten erstmals mehr Industriegüter aus Entwicklungsländern importiert als aus den OECD-Staaten. Nur zwei Jahre später folgte eine Verhältnisumkehr im globalen Stil: Erstmals wurden weltweit mehr Zwischengüter, also das Mehl für das Brot oder der Stoff für die Jeans, gehandelt als Endprodukte und Kapitalgüter zusammen. Schon an diesen beiden Eckdaten lässt sich ablesen, welchen Umwälzungen die internationale Arbeitsteilung unterworfen ist. Güter und Dienstleistungen werden zunehmend in Produktionsnetzwerken hergestellt, die eine Vielzahl von AkteurInnen und Weltregionen miteinander verbinden. An den Steuerhebeln dieser globalen Güterketten sitzen transnationale Unternehmen. Viele von ihnen verfügen über keine eigenen Produktionskapazitäten mehr. Sie weisen verschiedene Fertigungsschritte entlang der Güterkette jenen Standorten zu, die dafür besonders vorteilhaft sind: das sind niedrige Arbeits-, Sozial- und Umweltkosten im globalen Süden. Kapital- und wissensintensive Aktivitäten verbleiben hingegen in den Kon-

zernzentralen. Der Großteil der Lohnsumme, die höchsten Gewinne und die meiste Wertschöpfung werden deshalb dort verbucht.

Kontraktfertigung in den Schwellenländern

Waren es zunächst vor allem arbeitsintensive Fertigungsschritte, die in Niedriglohnregionen ausgelagert wurden, knüpfen neue Formen der Integration von Schwellen- und Entwicklungsländern an den steigenden Kompetenzen von Zulieferunternehmen und den zum Teil recht hohen Qualifikationspotenzialen der Belegschaften an. Auch organisatorische Veränderungen sind feststellbar: Transnationale Konzerne errichten keine Zweigwerke, sondern beauftragen lokale Unternehmen, die für sie die Produktion organisieren. So genannte Kontraktfertiger übernehmen Aufträge für eine Vielzahl von Kunden und liefern den Markenkonzernen Endprodukte, die diese dann unter ihrem Namen verkaufen. Sie bündeln eine Reihe von Tätigkeiten – von Design und Produktionsplanung über Qualitätsprüfung bis hin zum Vertrieb – und dirigieren ihrerseits ein Heer von Zulieferern, Heimarbei-

terinnen, Dienstleistern, Vertragslandwirten und Subunternehmerinnen. Etwa 90 Prozent der gesamten Spielzeug- und Sportartikelproduktion sowie 80 Prozent der Unterhaltungselektronik werden mittels Kontraktfertigung hergestellt, auch im Bekleidungssektor ist sie üblich geworden. Um die Kosten gering zu halten und für die Markenkonzerne attraktive Partner zu sein, stehen die lokalen Auftragsfertiger im Ruf, Arbeitsrechte zu verletzen und niedrige Löhne zu zahlen. Meist beziehen sie ihre Beschäftigten über Arbeitsagenturen. „Da die No-name-Fertiger selbst über keine eigenen Markennamen verfügen, bleiben sie der breiteren Öffentlichkeit meist verborgen“, sagt Jenny Chan von SACOM, einer Organisation engagierter WissenschaftlerInnen und AktivistInnen aus Hongkong, die Firmenpraktiken untersucht und sich für Arbeitsrechte einsetzt.

Flüchtige Arbeitsplätze

„Namenlose“ Kontraktfertiger wie Flextronics (Singapur), Quanta oder Foxconn (beide Taiwan) wuchsen indes selbst zu transnationalen Konzernen. Sie beliefern Dell, Hewlett-



Packard, Apple, Sony und Philips. Der iPhone und iPad Hersteller Foxconn beschäftigt in China fast eine Million Menschen und unterhält Produktionsstandorte u. a. in Brasilien, Indien, Mexiko, Tschechien und in der Türkei. Im Bekleidungssektor koordinieren Li & Fung (Hongkong), Youngor Group und Luen Thai (beide China) ein Netz aus Zulieferern in China, Thailand, Kambodscha, Burma, Laos und Lesotho. Sie versorgen Markenartikelkonzerne und Bekleidungsketten wie Nike, Adidas, Dior, Gap oder H&M. Ausgelagert wird aber nicht nur die Fertigung von Konsumgütern – auch produktions- und kundenbezogene Dienstleistungen wie IT Support und Beratung, Marktforschung oder Back-office-Aufgaben (Personal, interne Infrastruktur) werden an Intermediäre verschoben, die in den Städten Osteuropas, Indiens oder Chinas ihren Sitz haben.

Die Arbeitskräfte der Kontraktfertiger fungieren als Krisenpuffer in komplexen, gleichzeitig flexiblen globalen Produktionsnetzen. Sie gleichen die Instabilität von Märkten aus und passen sich den sich rasch ändernden Produktzyklen und Ansprüchen der Auftraggeber an.

In Mexiko beispielsweise schwanken die Beschäftigungszahlen im Elektronik- und Bekleidungssektor doppelt so stark wie in denselben Industrien in den USA. In der IT-Industrie Guadalajara (Mexiko) waren im Jahr 2000 fast 80.000 ArbeiterInnen beschäftigt. Ein Jahr später, nach dem Platzen der IT-Blase, waren es nur noch 46.000. Flextronics und andere Kontraktfertiger verlagerten die Herstellung von Notebooks und Handys nach China. Aufgrund der erworbenen Kenntnisse werden heute in Guadalajara spezialisierte Produkte gefertigt, z.B. Alarmanlagen oder elektronische Fischpeilanlagen. Die Lage hat sich auf niedrigerem Niveau vorerst stabilisiert.

Ähnliche Standortdynamiken zeigen sich in Osteuropa. Ab Anfang der 1990er Jahre bauten Philips und Siemens in Ungarn, Polen und Tschechien Produktionsplattformen auf. Als die New-Economy-Blase platzte, beschleunigte sich die Verlagerung nach Asien. Innerhalb Osteuropas wanderten sie weiter ostwärts nach Rumänien, Bulgarien und die Ukraine, wo die Arbeitskräfte ebenfalls qualifiziert und diszipliniert, aber billiger waren. „Als Folge der aktuellen Finanz-

krise haben die Elektronik-Kontraktfertiger in den Industrieparks an den chinesischen Küstenregionen begonnen, zugewanderte Arbeitskräfte zu entlassen. Oder sie verlagern die Produktion ins Hinterland, wo das Lohnniveau niedriger ist“, sagt Jenny Chan mit Blick auf die aktuellen Standortdynamiken in China.

Aufstieg und Niedergang erlebte auch La Laguna, das Zentrum der Blue Jeans Produktion im Norden Mexikos. Ab 1995 stiegen die Bekleidungsexporte aus Mexiko in die USA sprunghaft an. Die Zahl der Beschäftigten in La Laguna wuchs von 12.000 (1993) auf 75.000 (2000). Wiewohl der Aufschwung mit dem Freihandelsabkommen NAFTA seinen Anfang nahm, lässt der Ökonom Huberto Juárez aus Puebla nichts Gutes an dem Vertrag: „US-amerikanische Markenkonzerne bestimmen das Design, uns bleiben die niedrigen Stufen in der Wertschöpfungskette. Es ist ein Abkommen für Investoren und beschleunigt den Wettlauf nach unten.“

Globale Ausbeutung im Namen des Freihandels

Die Komplexität der Fertigung nahm dennoch zu. Nähen die ArbeiterInnen zunächst nur Stoffteile zusammen, übernahmen die lokalen Produzenten schrittweise auch das Verspinnen von Garn, Zuschneiden, Finishing und den Vertrieb. Wenige Jahre später fiel der Output trotz der erfolgten Aufwertung



Elektronik-Fabrikation in Asien: geringe Löhne und Gesundheitsstandards, zudem hoher Arbeitseinsatz. (ob.) Wohnheim für Arbeiterinnen auf den Philippinen. (u.)

um weit mehr als die Hälfte, drei der fünf größten Kontraktfertiger schlossen ihre Produktionsstätten. Der Hintergrund: Als das Welttextilabkommen auslief, endete ab 2005 das System regulierter Einfuhrquoten. Das WTO-Vertragswerk hatte die alten Industrieländer vor Billiglohnimporten geschützt, aber bestimmten – vor allem armen – Entwicklungsländern einen eingeschränkten Marktzugang erlaubt. Seit der Liberalisierung stiegen die von ostasiatischen Kontraktfertigern organisierten Bekleidungsexporte in die USA (und die EU) sprunghaft an. Der Niedergang veränderte auch die Beschäftigungsstruktur in La Laguna nachhaltig: An den noch in Betrieb befindlichen Nähmaschinen, die vormals fast ausschließlich von Frauen bedient wurden, sitzen nun zu 50 bis 70 Prozent Männer.

Die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse in der Kontraktfertigung sind sehr differenziert. Rund um einen Kern qualifizierter, sicherer und gut entlohnter Arbeit sind – in unterschiedlicher Abstufung – unterbezahlte und prekär Beschäftigte angesiedelt. Die repressiven Praktiken in den Fertigungsstätten in Mexiko, Thailand, Indien oder China werden insbesondere von NGOs angeprangert. Kritisiert werden zahlreiche und nicht bezahlte Überstunden, das autoritäre Fabrikregime und Stress aufgrund hoher Produktionsziele. SACOM etwa weist laufend auf Verletzungen des nationalen Arbeitsrechts und der ILO-Konventionen hin. Die Selbstmorde junger Arbeiter in Foxconn City, der riesigen Produktionszone in der chinesischen Küstenprovinz Shenzhen, gingen 2010 durch die Weltpresse.

Thailand: Verbrennungen eines Arbeiters aufgrund mangelnder Sicherheit in einer Elektronikfabrik.



China: Produzieren im Akkord. Prüfungen der Zulieferkette lehnen die großen Konzerne ab: Das würde „Eigentumsrechte“ verletzen.

Die Leitunternehmen erklärten sich lange Zeit nicht zuständig für die Arbeitsrechtsverletzungen ihrer „selbständigen Zulieferer“. Mittlerweile gibt es seitens vieler Firmen Verhaltensregeln, die die Zulieferer in den Beschaffungsketten strengeren Auflagen unterwerfen. Mit Codes of Conduct oder Konzepten der sozialen Unternehmensverantwortung (CSR) reagieren die Konzerne auf öffentliche Kritik. Eine unabhängige Überprüfung lehnen Markenhersteller wie Apple oder Hewlett-Packard allerdings mit dem Hinweis ab, dass eine Offenlegung der Produktionsverfahren und Komponenten die geistigen Eigentumsrechte verletze, und Transparenz in der Beschaffungskette zu Wettbewerbsnachteilen führe. Während NGOs die Arbeitsverhältnisse in den Weltmarktfabriken anprangern, klagen die Arbeitnehmervertreter im Norden, dass gut bezahlte und gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze durch Outsourcing verloren gingen. Konzernchefs wiederum drohen Belegschaften in den alten Industrieländern mit der Verla-

gerung der Produktion, wenn sie nicht bereit sind, auf Sozialstandards und Lohnerhöhungen zu verzichten. EntwicklungsforscherInnen entwerfen dagegen Strategien für Unternehmen, Industrien und Gesellschaften des globalen Südens, damit sie ihre Position in globalen Güterketten verbessern. Aus einem globalen Blickwinkel ist es unerheblich, wo die Produktion stattfindet: Nirgendwo sind die ArbeiterInnen am unteren Ende der Wertschöpfungsketten angemessen bezahlt und sozial geschützt. „Wir haben es mit globaler Ausbeutung im Namen des Freihandels zu tun“, sagt Peter Booth von der britischen Transportarbeitergewerkschaft TGWU. Immer gibt es Menschen, die durch Verlagerung verlieren – und solche, die gewinnen: Konzernchefs, Kontraktfertiger und KonsumentInnen in den Städten des Nordens, die in den Genuss billiger Produkte kommen.

Karin Fischer ist historische Sozialwissenschaftlerin an der Johannes Kepler Universität Linz. Sie ist verantwortliche Redakteurin des Journals für Entwicklungspolitik.



The New York Times
IM ORIGINALEN WORTLAUT:
JETZT 3 WOCHEN GRATIS TESTEN.

Weltoffenheit.

Tag für Tag den Horizont erweitern. Der Qualitätsjournalismus des STANDARD lässt Sie die Welt immer wieder neu sehen. Zum Beispiel jeden Montag mit der Beilage der New York Times im originalen Wortlaut. Blättern Sie rein.



3 Wochen gratis lesen: derStandard.at/Abo oder 0810/20 30 40

Die Zeitung für Leserinnen

QUALIFIKATION SPIELT KEINE ROLLE



Am Arbeitsmarkt darf niemand diskriminiert werden, so will es das Gesetz. Eine junge Mutter, die nach der Karenz aus dem Job gemobbt wurde und eine zugewanderte Juristin, die als Putzfrau arbeitet, erzählen eine andere Geschichte.

Text: Sonja Fercher, Fotos: Karin Wasner

Ich war bei meiner Firma ziemlich hoch im Kurs. Überstunden ohne Ende, viel unterwegs, viel im Flieger, die Firma hat mich gefördert. Es ist nicht lange her, da erhielt ich sogar noch einen Bonus.“ Dass der Kurs von Katharina Blumfeld (Name von der Redaktion geändert; Anm.) in den Keller sackte, hatte einen konkreten Grund: Sie wurde schwanger. Dabei hatte alles darauf hingedeutet, dass die Mittdreißigerin aus Graz nach der Karenz zuerst halbtags zu arbeiten beginnen würde, um dann wieder voll einzusteigen. Das internationale Unternehmen, bei dem sie im mittleren Management gearbeitet und zuletzt eine kleine Arbeitsgruppe geleitet hatte, wollte es anders. Frau Blumfeld dämmert das erst langsam. Je näher der Wiedereinstieg rückte, desto klarer wurde ihr, dass die Firma ihr den Arbeitsplatz nicht mehr geben würde. Da die Frau aufgrund der Schwangerschaft nicht gekündigt werden konnte, versuchte ihr Arbeitgeber sie dazu zu bringen, selbst zu kündigen: „Es war reiner Psychoterror“, erzählt Blumfeld. „Es gab unzählige Sitzungen, bei denen einfach geschwiegen wurde“, erinnert sie sich. Man bot ihr schlechter gestellte Jobs an, oder solche, für die sie nicht die passenden Qualifikationen hatte. Oder solche, die sich mit der Kinderbetreuung nicht vereinbaren ließen. Das Maß an Verständnis sei selbst unter KollegInnen beschränkt gewesen. Einige merkten an, dass man nun einmal damit rechnen müsse, dass ein Kind einen Knick in der Karriereleiter bedeutet. Auf einmal wurde der jungen Mutter bewusst, dass sich diese Situation bereits länger angekündigt hatte. Ihr fiel ein, dass sie, als sie noch arbeitete, bereits über bestimm-

te Vorgänge nicht mehr informiert oder zu Besprechungen nicht mehr eingeladen worden war.

Frauen: zu wenig „verfügbar“

Blumfeld ist eine von vielen Frauen, die mit Diskriminierung in der Arbeitswelt konfrontiert sind. Nicht nur beim Wiedereinstieg nach der Schwangerschaft werden Frauen Steine in den Weg gelegt: Sie werden bei Bewerbungen nicht berücksichtigt oder einfach geringer bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Das geht aus den Berichten der Gleichbehandlungsanwaltschaft (GAW) hervor, an die sich Betroffene von Diskriminierung wenden können. Oft geht es dabei um geschlechtsbezogene oder sexuelle Belästigung, nach wie vor eine beliebte Strategie, um Frauen einen bestimmten Platz zuzuweisen. „Das funktioniert perfekt, selbst bei Frauen, die von sich sagen, sie seien hantig“, berichtet die Gleichbehandlungsanwältin Cornelia Amon-Konrad. Bei ihrer Stelle können sich Betroffene von Diskriminierungen über rechtliche Schritte beraten lassen, sie werden dabei unterstützt, zu ihrem Recht zu kommen.

Die Schilderungen von Blumfeld sind Amon-Konrad sehr vertraut. „Manche Unternehmen sind sogar bereit, tief in die Tasche zu greifen, nur um eine hoch qualifizierte Frau nicht beschäftigen zu müssen“, erzählt die Anwältin. Sie berichtet von einem ähnlich gelagerten Fall, bei dem sich der Arbeitgeber mit einer Frau auf eine einvernehmliche Lösung einigte und der Betroffenen ihr Gehalt für vier Jahre ausbezahlte – so lange war sie durch die Elternteilzeit vor einer Kündigung geschützt. Ein solcher Ausgang ist nicht all-



Katharina B.: In der Firma gut verankert, nach der Karenz ausgebootet. Die Gleichbehandlungsanwältin kennt viele Fälle wie diesen.

täglich. Dass Frauen beim Wiedereinstieg in den Beruf Schwierigkeiten haben, aber nach wie vor. Die Motive dafür sind altbekannt, in erster Linie geht es um die Verfügbarkeit der Frauen: „Die Firmen sehen eben, dass es immer noch die Frauen sind, die ausfallen, wenn das Kind krank wird. Der andere Aspekt ist die Frage nach dem zweiten Kind, und ob die Frau dann erneut ausfällt“, berichtet die Gleichbehandlungsanwältin. Auch Blumfeld ist davon überzeugt, dass auch ihr Arbeitgeber solche Motive hatte.

Arbeit unter Niveau

Motive anderer Art sind im Spiel, wenn MigrantInnen am Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Maria Lori (Name geändert; Anm.) kam aus Kroatien nach Österreich und arbeitet bei einer Reinigungsfirma. Tatsächlich hat Lori ein Jus-Studium absolviert und kann Erfahrung bei einer Anwaltskanzlei in Kroatien vorweisen. Sie verfügt sogar über eine Green Card, womit ihr auch der US-amerikanische Arbeitsmarkt offen stünde. Da ihr Mann aber kein Englisch spricht, kommt Auswandern für Lori nicht in Frage. Also ging sie in Österreich auf Arbeitssuche: „Ich habe sehr viele Bewerbungen geschrieben, habe mich in verschiedensten Bereichen beworben“, berichtet sie. Auch für Jobs, für die sie eigentlich überqualifiziert ist. „Mein Deutsch ist noch nicht perfekt“, gesteht sie ein. Trotzdem könnte die Juristin anspruchsvollere Jobs annehmen als jenen der Putzkraft.

Lori ist bei weitem nicht die einzige Migrantin, der es so ergeht, auch wenn ihr Fall besonders krass ist. Laut einer jüngsten Studie der Arbeiterkammer, in der die Chancen und Probleme von MigrantInnen auf dem Wiener Arbeitsmarkt untersucht wurden, werden rund ein Drittel der Zuwanderer unter ihrem Qualifikationsniveau eingesetzt. Das ist drei mal so oft wie bei ArbeitnehmerInnen mit österreichischen Wurzeln. Selbst wenn MigrantInnen ihre Bildungsabschlüsse in Österreich gemacht haben, werden sie öfter unter ihren Fähigkeiten beschäftigt.

Die Gründe für Ungleichbehandlungen sind vielfältig, Sprachbarrieren seien aber nur einer davon, erklärt Ingrid Moritz, Leiterin der Abteilung Frauen und Familie der Arbeiterkammer. „Migrantinnen und Migranten müssen frühzeitig dabei unterstützt werden, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das muss sofort passieren, wenn sie nach Österreich kommen“, fordert die Expertin. Erleichterungen brauche es außerdem bei der Anerkennung von Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz hat hier Vereinfachungen bei



Putzkraft trotz Studienabschluss: Dequalifizierung trifft MigrantInnen häufiger als andere.

der Bürokratie angekündigt. Bis zum Sommer sollen erste Vorschläge vorgelegt werden. Doch das allein wird nicht reichen, wie die Studie zeigt: Selbst wenn Zugewanderte die Nostrifikation ihrer Abschlüsse erhalten, findet nur die Hälfte von ihnen einen Job, der ihren Qualifikation entspricht.

Das hat viel mit Vorurteilen zu tun, ist die AK-Expertin Moritz überzeugt. Eine Einschätzung, die Wolfgang Zimmer vom Verein ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit – teilt. Er leitet die Beratungsstelle für Opfer und ZeugInnen von Rassismus. „An uns werden in erster Linie Diskriminierungen bei der Jobsuche und der Bewerbung herangetragen“, berichtet er aus dem Alltag. Betroffen seien dabei zu einem großen Teil muslimische Frauen mit Kopftuch, aber auch Männer und Frauen türkischer Her-

kunft oder mit schwarzer Hautfarbe. Seiner Meinung nach müsste vor allem von Seiten der Arbeitgeber einiges passieren: „Auch Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung sind in der Pflicht, ihren Mitgliedern immer wieder in Erinnerung zu rufen, dass das Gleichbehandlungsgesetz unter anderem Diskriminierungen aufgrund von Herkunft und Religion verbietet.“ Auch in der Gleichbehandlungsanwaltschaft betont man die Bedeutung der Bewusstseinsarbeit.

Katharina Blumfeld und Maria Lori verbindet eines: Sie möchten unbedingt arbeiten. Bei Blumfeld ist im Moment völlig unklar, wie es weitergehen wird. Resignieren will sie ebenso wenig wie Maria Lori. Sie möchte sich weiterbilden, um als Beraterin für Flüchtlinge und AsylwerberInnen zu arbeiten. Denn sie möchte endlich das erreichen, was sie sich von einem Job wünscht: „An einer Stelle zu arbeiten, wo ich jeden Tag meine Kenntnisse vergrößern kann.“



Vier ArbeiterInnen angeschossen

Kambodscha: Bei einem Streik für höhere Löhne im Puma-Zulieferbetrieb Kaoway Sports Ltd wurden vier ArbeiterInnen verletzt. Wann werden auch Subunternehmen transparent?

BÜRGERRECHTE

Stoppt die Vorratsdatenspeicherung

Die verdachtsunabhängige Überwachung der Kommunikation in Österreich ist völlig unverhältnismäßig. Am 1. April 2012 tritt in Österreich die Vorratsdatenspeicherung in Kraft. Dabei handelt es sich um eine Richtlinie der Europäischen Union, die von den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden muss. Ab diesem Zeitpunkt werden die Kommunikationsdaten aller Menschen – ohne Verdacht auf eine vorangehende Straftat – sechs Monate lang „auf Vorrat“ gespeichert. Beim Versenden von Emails werden SenderIn, EmpfängerIn und Zeitpunkt der Nachricht aufgezeichnet.

Sowohl gewöhnliche Telefondaten als auch der Versand und Empfang aller SMS-Nachrichten werden mitprotokolliert. Die Polizei kann daher überprüfen, wer mit wem, wann, wie lange telefoniert hat und – vor allem – von wo aus das Telefonat stattfand. Unabhängig von der Art des Mobiltelefons wird der aktuelle Standort protokolliert. So lassen sich genaue Bewegungsprofile von HandynutzerInnen erstellen. Durch die Vorratsdatenspeicherung wird die Kommunikation aller Menschen in Österreich überwacht. Diese pauschale Überwachung aller BürgerInnen schafft die Unschuldsv-

mutung weitgehend ab, gefährdet die Privatsphäre, ist als Ermittlungsmethode jedenfalls völlig unverhältnismäßig. Eine parlamentarische BürgerInneninitiative fordert daher, dass sich die österreichische Regierung für die Abschaffung der Richtlinie einsetzt, und sämtliche Terrorgesetze evaluiert werden. Die Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit dieser Gesetze soll untersucht werden. Bis Mitte März kann dagegen auf <https://zeichnemit.at> online unterschrieben werden. Bei Redaktionsschluss haben bereits 60.000 Menschen unterzeichnet. *Michael Bauer*

Straßburg stoppt Rückschiebungen nach Ungarn

Zusammengeschlagene Flüchtlinge und Pillen zur Ruhigstellung im Flüchtlingsgefängnis von Kiskunhalas. Aufgrund katastrophaler Bedingungen hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erstmals Rückschiebungen von AsylwerberInnen nach Ungarn gestoppt. Seit einer Gesetzesnovelle droht bis zu einem Jahr Haft.

Österreich: So viele Arme wie nie

Ende 2011 veröffentlichte die Statistik Austria, dass eine Million Menschen in Österreich an der Armutsgrenze leben. Der Lebensstandard armutsgefährdeter Alleinlebender liegt bei 854 Euro pro Monat. Knapp ein Drittel der Betroffenen haben keinen österreichischen bzw. EU-Pass. Ein Viertel davon sind allein lebende Frauen in der Pension.

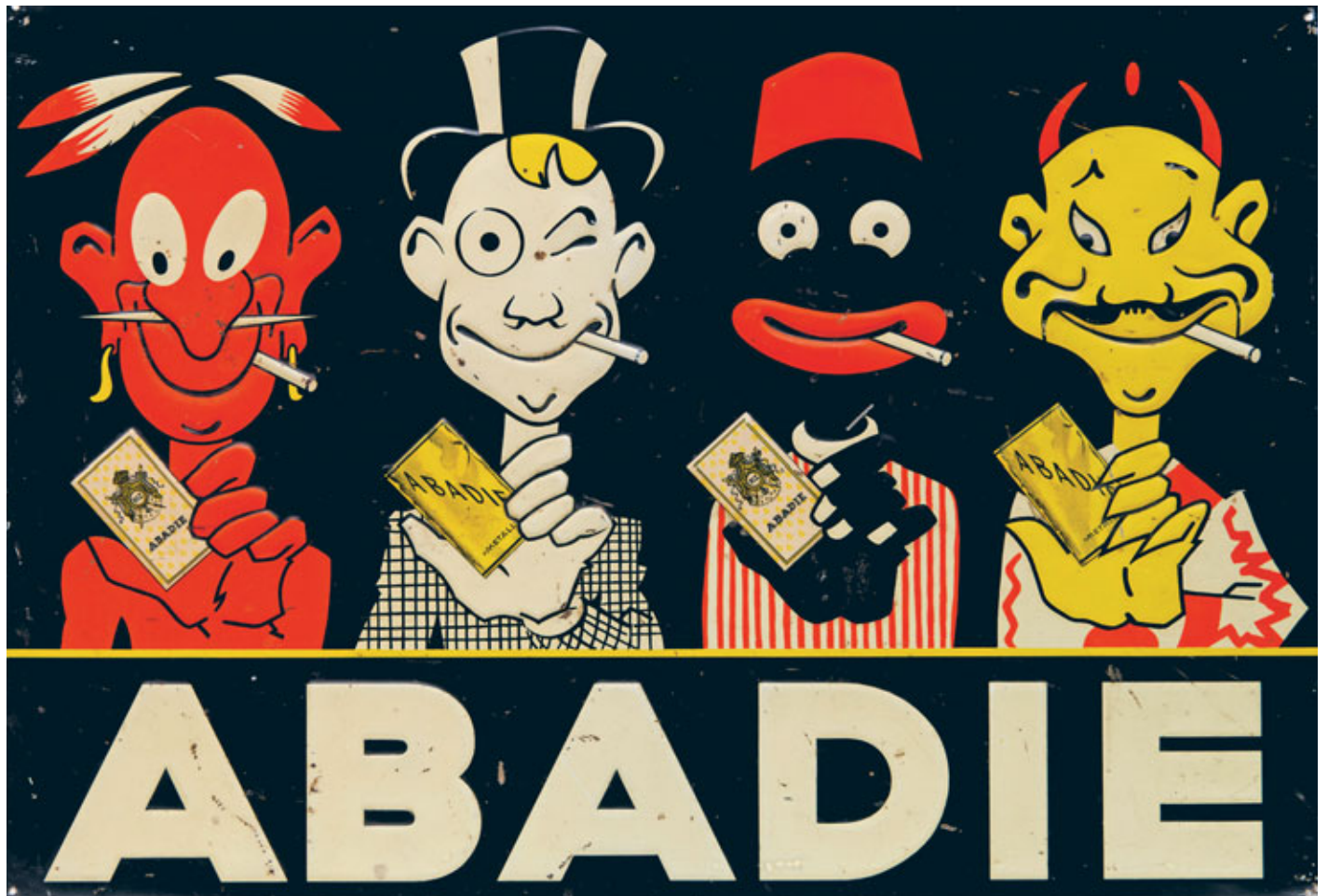
Strache wirbt mit Neonazi-Material

FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache wirbt auf seiner Facebook-Seite mit einem „Österreicher in Not“-Flyer, der Lügen über „reiche“ Asylwerber verbreitet und dessen Herkunftsgeschichte direkt auf Neonazi-Seiten und zur rechtsextremen Gruppierung AFP führt. Ist so ein Parteichef, zudem mit Kanzleranspruch, tragbar?

Asylant (mit 6 Kindern)	Österreichischer Facharbeiter (mit 3 Kindern)
Mann	Facharbeiterlohn, Mann
Frau	Frei
Zuschlag, 10 % von 490,-	steuermäßig Krankenkasse
3 Kinder	Zwischensumme steuermäßig Lohnsteuer
Wohndarlehensbeihilfe GdL	Zwischensumme Familienbeihilfe FA
Zwischensumme	Gesamt
Wohndarlehensbeihilfe Land Kärnten	
Familienbeihilfe FA	
Gesamt	

* Anspruch ab 3 Kindern unter 18 Jahren.
Gesamtlohn nach Steuer unter 1000,- über 10 Jahre.
Anspruchsumme unter den Kindern 1, 4, 6, 11, 15, 18 Jahre. Familienbeihilfe gewährt nach Alter und Anzahl von 172,70 bis 198,80,- mit - Kinderzuschlag 22,80,- je Kind

Infos aus rechtsextremen Quellen.



Was einst zog: Zigarettenwerbung mit rassistischen Darstellungen.

VORURTEILE

Die Faust reichen

Antirassistische Arbeit steckt in der Zwickmühle: auf den Tisch hauen und sich gleichermaßen Gehör und Feinde verschaffen? Oder den eigenen Ärger schlucken und geduldig um Verständnis werben? TEXT: PHILIPP SONDEREGGER, PIA VOSSEN

Irgendwann muss es in Gernot Liskas Kopf „klick“ gemacht haben – und es hatte wohl mit der Ausstellung zu tun. Der Geschäftsführer des Fachverbands Gastronomie der Wirtschaftskammer besuchte Ende Jänner das Wien Museum. Dort widmete man sich dem „fürstlichen Hofmohren“ Angelo Soliman. Menschenjäger hatten Soliman als Kind aus Westafrika verschleppt und als Sklave nach Europa verkauft. Er landete in Wien und wurde zum Vorzeigediener des Adels. Exotisch ausgestattet durfte er bei Hofe das Modegetränk Kaffee servieren. So-

liman stieg bis zum Erzieher des Prinzen von Liechtenstein auf und endete als präparierter Leichnam, halbnackt und mit Muschelkette drapiert, im kaiserlichen Naturalienkabinett. Wenige Tage nach dem Museumsbesuch formulierte Liska ein Schreiben an die Mitgliedsbetriebe seines Fachverbands – Österreichweit immerhin 50.000 Betriebe. In dem Email empfiehlt die Wirtschaftskammer, von der kolonialen Speisebezeichnung „Mohr“ Abstand zu nehmen – so wie auch von anderen Begriffen, die Menschen herabwürdigend oder beleidigend.

Tabu-Thema Rassismus

Lokalausweis im 16. Bezirk: Delikatessen & Confiserie Ottendorfer heißt ein kleines Cafe mit Partyservice. Im Internet stellt das „bodenständige Lebensmittelgeschäft“ in Aussicht, „die individuellen Wünsche der Kunden gemeinsam umzusetzen“. Durch die Scheiben dringt wenig Licht. Das Fenster wird als Auslage von Feinkost-Artikeln, Wurstplatten-Sujets und Zeitungsausschnitten benötigt. In der neonbeleuchteten Vitrine gegenüber dem Eingang stechen Wurstsemmeln und in Zuckerglasur



Jagdgesellschaft rund um den Fürsten Medici: Dargestellt vermutlich auch Angelo Soliman, dem das Wien Museum kürzlich eine Ausstellung gewidmet hat.

getauchte Backwerke ins Auge. Ein „Mxxx im Hemd“ ist nicht dabei.

Frau Andrea bedient ein paar Stammgäste aus der Umgebung, für drei, vier Fragen kann sie sich Zeit nehmen. Nur im eigenen Namen, nicht fürs Geschäft, betont sie: „Mxxx ist doch kein Schimpfwort, genauso wie Nxxxx, haben die keine anderen Sorgen?“ Ob Wirtschaftskammer, Regierung oder Parlament gemeint sind, ist nicht eindeutig. Die Gäste, die alle in Hörweite sitzen, spenden Beifall: „Arbeitslose, die Wirtschaftskrise, das sind doch viel dringendere Themen.“ Frau Andrea deutet auf eine Mittvierzigerin mit Zigarette beim Eingang: „Sie muss vielleicht ihren Hundesalon zusperren.“

Rassismus ist hierzulande ein Tabu-Thema. Kaum eine Frage wird derart obsessiv ausgespart. Viele BürgerInnen leben in einer „Parallelgesellschaft“, in der sie sich kaum mit der Sichtweise von Minderheiten auseinandersetzen müssen. Dabei liegt Öster-

„Mxxx ist doch kein Schimpfwort, genauso wie Nxxx. Haben die keine anderen Sorgen?“

reich bei der Ablehnung von Fremden international an der Spitze, wie zuletzt die europäische Wertestudie 2011 belegte. AntirassistInnen stecken in der Zwickmühle. Um sich Gehör zu verschaffen, müssen sie auf den Tisch hauen. Verständnis wecken sie aber eher dadurch, dass sie Geduld und Wertschätzung aufbringen.

So aufgewachsen

Doch auch der Wirtschaftskammer-Funktionär ringt mit einem Dilemma. Anschaffen kann er den Mitgliedern nichts; er muss sie überzeugen. Die Mitglieder zahlen Pflichtbeiträge, dafür erwarten sie, dass ihre Interessen bestmöglich vertreten werden. Genau das versucht Liska, wenn er hervorhebt, Gaststätten könnten kein Interesse daran ha-

ben, KundInnen auf die Zehen zu steigen: „Wir sind eine Branche, die sich der Gastfreundschaft verschrieben hat. Wir bemühen uns um das Wohl der Gäste, weil wir wollen, dass sie wieder kommen.“ Ihm persönlich sei erst beim Besuch der Ausstellung in der vollen Tragweite bewusst geworden, wie verletzend der Begriff Mxxx für Menschen schwarzer Hautfarbe sein müsse: „Angelo Soliman wurde einfach nicht als Mensch gesehen, nach seinem Tod hat man ihn ausgestopft und ausgestellt. Wie ein Trophäe.“ Liska weiss, dass sein Email nicht das Aha-Erlebnis bringen wird, das er beim Besuch der Soliman-Ausstellung hatte. „Gastwirte sind mit dem Begriff Mxxx im Hemd aufgewachsen, erhalten ihn unter dieser Bezeichnung beim Großhändler und ihre Gäste verlangen danach. Es wird Zeit brauchen, bis sich etwas ändert.“ Mit erhobenem Zeigefinger komme man nicht weit: „Der Begriff Rassismus enthält immer auch einen Vorwurf. Da machen manche leider zu, die ei-



Mxxxstatue im Cafe Mariahilf; Schokogupf; Bierdeckel von anno dazumal; Geschäftslokal mit „Nxxx Brot“ im Jahr 2012

gentlich ein offenes Ohr für den Hinweis hätten, dass Worte auch unabsichtlich beleidigen.“

Ein Anruf im renommierten Wiener Ring-Café Landtmann. Auch hier führt man keinen „Mxxx im Hemd“, allerdings „nicht aus diesen Gründen“, wie Betreiber Berndt Querfeld gleich betont. Dass Rassismus nicht sein Lieblingsthema ist, kann er kaum verhehlen: „Wenn das unsere größten Sorgen wären, würd’s uns gut gehen. Ich habe schon Verständnis, dass man in einer Touristenstadt wie Wien darauf achtet, niemanden zu beleidigen, aber allen alles Recht getan ist eine Kunst, die niemand kann.“

Kolonialer Zungenschlag

Viele Schwarze haben im Jahr 2012 keine Lust mehr, Aufklärungsarbeit zu leisten und ihren Landsleuten stets aufs Neue geduldig und nachsichtig zu erklären, worum es bei Rassismus geht. „Ich bin es Leid, geschichtslosen MitbürgerInnen die koloniale Tradition und verdrängte Sklaverei-Vergangenheit Österreichs zu erklären“, sagt eine Aktivistin, die sich aus der antirassistischen Szene zu-

rückgezogen hat.

Seit mindestens zwanzig Jahren plagen sich Initiativen ab, die Wahrnehmung für den ganz alltäglichen Rassismus zu schärfen. Im Mozartjahr 2006 nahmen sich dunkelhäutige WienerInnen nichts weniger vor,

„Einen Mxxx im Hemd finden Sie bei uns nicht mehr. Wir haben uns schon lange von diesem Begriff verabschiedet.“

Restaurant „Wild“, 3. Bezirk

als „eine schwarze Geschichtsschreibung“ auf den Weg zu bringen. Die jungen Leute – StudentInnen und AktivistInnen – wollten einen Schlussstrich unter „die Verwischung und Auslöschung von Schwarzen“ in der österreichischen Geschichtsschreibung ziehen. In dem Projekt machten sie Schwarze wie Soliman und seine Tochter Josefine „als TrägerInnen von Geschichte sichtbar“: Sie sollten nicht mehr als Ausstellungsstücke dienen, sondern als eigenständig handelnde Persönlichkeiten dargestellt werden. Die Forschende

rInnen zeichneten nach, wie Josefine erstritt, dass ihr ausgestopfter Vater nach zehn Jahren aus dem K. K. Hof-Naturalienkabinett geholt und würdig bestattet wurde.

Trotz aller Bemühungen sind Speisebezeichnungen mit kolonialem Zungenschlag bis heute in Verwendung. Zwar findet das N-Wort, das früher vielfach dunkles Bier, Nusschokolade oder Schokoküsse bezeichnete, heute nur noch vereinzelt AnhängerInnen. „Mxxxenkopf“ oder „Mxxx im Hemd“ sind dagegen noch landesweit geläufig.

Langsam greift die Aufklärungsarbeit aber auch hier. Als Eskimo allen Ernstes noch im Jahr 2009 ein Eis namens „Mxxx im Hemd“ auf den Markt brachte, sah sich die Cheftage bald mit heftigen Reaktionen konfrontiert. Der Konzern gab sich überrascht – und lenkte schließlich ein. Das Becher-Eis wurde zwar verkauft, doch die Werbekampagne – „I will mxxx“ – eingestampft. Bleibt die Frage, wie einem internationalen Konzern wie Unilever, der seine Produkte bis zur Marktreife monatelang abtestet, so ein kostspieliger Fauxpas unterlaufen konnte. Hatte man noch nie von der Auseinandersetzung



Antirassistische Kampagnen sind wohl mit ein Grund dafür, dass Mein sein Logo adaptiert hat.



Gerhard Liska, WKO Gastronomie, empfiehlt seinen Mitgliedern, die „verletzende Bezeichnung Mxxx nicht mehr zu verwenden“.

um den Begriff gehört?

Über Rassismus wird in Österreich nicht gern gesprochen. Wagt es jemand, klar Position zu beziehen, muss er damit rechnen, attackiert zu werden. Das wird irgendwann fast allen zuviel. Als der Radiosender FM4 über den Unmut berichtete, den Eskimos Tiefkühl-Neuheit ausgelöst hatte, lehnten viele Mitglieder der Schwarzen Community eine Stellungnahme ab. Der Journalist Simon Inou exponierte sich – und erhielt dafür sogar Morddrohungen. Die Zeitung „Heute“ ließ ihn in den Leserspalten als Nestbeschmutzer verhöhnen.

Inou gehört zu den Unermüdllichen, denen es auch nach 15 Jahren nicht zu blöd geworden ist, sich für Wortmeldungen anfeinden zu lassen: „Ich lerne auch etwas dabei. Man muss aber sehr hartnäckig sein. Die jetzige Offensive der Wirtschaftskammer zum Beispiel ist sehr wichtig, aber sie kommt sechs Jahre nach dem Mozartjahr.“

Ein letzter, kurzer Ausflug in die Gastronomie: Im Wiener Kaffeehaus „Korb“ findet sich hin und wieder noch ein „Zxxxxxxx-schnitzel“ im Tagesangebot. Herr Kapfen-

berger sagt: „Um Gottes Willen, natürlich werden wir uns die Empfehlung ansehen. Wir wollen doch nicht unsere Gäste vor den Kopf stoßen.“ Die BetreiberInnen des Restaurant „Wild“ im 3. Bezirk haben nach eigenem Bekunden die Diskussion hinter sich gebracht: „Es kann einem immer ein Fehler unterlaufen, aber einen Mxxx im Hemd finden Sie bei uns nicht mehr. Wir haben uns schon lange von diesem Begriff verabschiedet.“

Schwarze und weiße AntirassistInnen hätten auch in Österreich schon gemeinsam viel erreicht, sagt der gebürtige Kameruner Simon Inou. Auch wenn es nicht immer auf einen Schlag gehe. Seit Jahren kritisieren Inou und seine MitstreiterInnen das Mxxxen-Logo der Kaffee-Rösterei Julius Meinl – mit dem Effekt, dass es sukzessive kleiner gedruckt werde, „und mittlerweile in den Farben rot und weiß“, wie er schmunzelnd registriert. Gesprächsbereitschaft kann man sich von Inou immer erwarten, inhaltliche Zugeständnisse nicht: „Wir dürfen die Probleme nicht unter den Teppich kehren und müssen Rassismus

beim Namen nennen. Was nicht am Tisch liegt, kann nicht bearbeitet werden.“ Dafür müsse man sich manchmal eben auch unbeliebt machen. Als Journalist weiß Inou zu gut, dass Konflikte mediale Aufmerksamkeit erregen. Ohne Eskalierung der Debatte würde über die Befindlichkeit von schwarzen Menschen nicht berichtet, sprich: Sie käme in der Öffentlichkeit gar nicht vor. Das rechte Maß zwischen wertschätzender Überzeugungsarbeit und notwendiger Konfliktbereitschaft ist nicht immer leicht zu finden. Alexander Pollak von SOS Mitmensch kann davon ein Lied singen. Anfang Jänner schlug er dem Gastronomie-Verband eine gemeinsame Kampagne gegen rassistische Speisebezeichnungen vor. Der Verband lehnte ab und beschied höflich, aber bestimmt, man sehe „keinen unmittelbaren Handlungsbedarf“. Pollak ärgerte sich und überlegte kurz, „ob ich ein pam-piges Email zurückschicken soll.“ Dann entschied er sich doch für die ausgestreckte Hand und lud Gernot Liska in die Soliman-Ausstellung ins Wien Museum ein. Es hat sich ausgezahlt – dieses Mal.

FALSCHER ZAHLEN

Die Rechnung bitte!

Die FPÖ ist der Meinung, dass Asylsuchende zu viel Geld vom Staat erhalten, in manchen Fällen sogar mehr als österreichische StaatsbürgerInnen. Stimmt das?

Zwei Arten von Einkommen geraten immer wieder ins Gerede, zum einen die Gehälter von Top-ManagerInnen und zum anderen die Leistungen an Menschen, die Sozialhilfe erhalten. Was die Sozialleistungen betrifft, so interessiert vor allem, was „die Anderen“ bekommen. „Die Anderen“, das sind in Österreich auch und vor allem Menschen, die um Asyl ansuchen. Kürzlich hat FPÖ-Obmann Strache Berechnungen zu diesem Thema präsentiert. Er verbreitete auf Facebook die Information, dass eine achtköpfige „Asylantenfamilie“ 3.593,90 Euro kassiere, während eine fünfköpfige „österreichische Niedriglohn-Fach-

arbeiterfamilie“ nur 1.692,73 Euro ausbezahlt bekomme. Kurz darauf musste Strache jedoch eingestehen, dass diese Berechnung vollkommen aus der Luft gegriffen sei.

Also griff Strache noch einmal zum Rechenstift und präsentierte eine neue Kalkulation: Jetzt kam die achtköpfige „Asylantenfamilie“ auf 2.564,60 Euro und eine ebenfalls achtköpfige „österreichische Facharbeiterfamilie“ auf 2.042,23, Euro.

Doch auch dieses Mal hatte sich Strache verrechnet. Übereinstimmend vermeldeten Menschenrechtsorganisationen, die Grünen sowie auf Nachfrage auch das Innenministerium, dass diese Berechnung manipu-

liert sei. Die Wahrheit sähe folgendermaßen aus: Eine achtköpfige Asylwerberfamilie, die sich nicht in einem Flüchtlingsheim befindet, erhalte insgesamt nur 1.060 Euro an Überlebensgeld, während die achtköpfige Niedriglohn-Facharbeiterfamilie aufgrund der Familienbeihilfe und diverser Zuschüsse mindestens 4.000 Euro erhalte.

Fazit: Die Asylwerberfamilie würde in jedem Fall eklatant weniger bekommen als die Niedriglohn-Facharbeiterfamilie, wobei es auch letztere keineswegs leicht hätte, über die Runden zu kommen. *apo*

UNRECHT

Damit wir uns weiterhin für die Rechte aller Menschen einsetzen können
PSK 91000590, BLZ 60000
DANKE!

SOS
MITMENSCH

www.sosmitmensch.at

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

AUFGEZEICHNET VON GUNNAR LANDSGESELL, FOTO: LEA FRIESSNER



CASH AUF DEN TISCH

Eine rumänische Staatsbürgerin, die in Österreich schon länger lebt, tadellos Deutsch spricht, im Krisenzentrum Augarten arbeitet, hat eine Freundin in Rumänien, die 24 Jahre alt ist und eine Netzhautablösung hat. Auf dem einen Auge ist sie bereits blind, auf dem anderen droht sie zu erblinden, wenn sie nicht operiert wird. Sie ist versichert in Rumänien, eine Operation erfolgt aber nicht. Die junge Frau ist verzweifelt, beide waren im Jänner schon hier, ich hab mich darum gekümmert, dass sie hier operiert wird. Na gut, nach der OP hat es aber Komplikationen gegeben, die junge Frau hat plötzlich nichts mehr gesehen, irre Schmerzen bekommen. Der Arzt hat ihr Pulver gegeben und sie wieder heimgeschickt. Jetzt ist es aber so, dass sich das Implantat, das die Netzhaut stützen soll, verschoben hat. Letzten Freitag war die Frau bei mir und erzählt mir, dass das Spital noch einmal 2.000 Euro verlangt, dass wieder operiert wird. Sonst braucht sie gar nicht kommen. Ich ruf im Spital an und sag, ich kümmer mich darum, dass entweder die rumänische Versicherung zahlt oder ich zahle das, aber die OP muss auf jeden Fall gemacht werden. Die Freundin ist dann in ihrer Kirche und bei der Verwandtschaft sammeln gegangen und hat 1.000 Euro zusammengebracht. Am Montag fährt sie mit ihr ins Spital, dort wollen sie zuerst einmal

Cash sehen. Sie sagt, sie hat 1000 Euro, das Spital antwortet ihr: OK, für die Operationsvorbereitungen reicht das, aber sie muss den Rest sofort nachbringen, sonst schicken sie ihre Freundin am zweiten Tag eben wieder heim. Das muss man sich einmal vorstellen. Ist das denen wirklich wurscht, dass die junge Frau 50 Jahre lang blind weiterlebt? Das ist doch überhaupt keine Frage, ob man das macht! Da geht's ja nicht um ein Muttermal, das sie entfernt haben will. Naja, Hauptsache, das Geld liegt cash auf dem Tisch. Ich hab dann bezahlt, für die zweite OP wohl gemerkt...

KINDER IM WAGGON

Unlängst haben Streetworker bei mir angerufen, sie haben eine rumänische Familie, die in einem Waggon am Westbahnhof schläft. Falls ich keine Unterkunft für die hab, müssen sie den Eltern die zwei Kinder abnehmen. Die sind zehn und zwölf Jahre alt. Gott sei Dank hab ich eine Unterkunft gehabt. Wie ich mit ihnen den Meldezettel mach', stellt sich heraus, dass der Vater und die Mutter rumänisch, russisch, englisch und französisch in Wort und Schrift beherrschen. Dass der Mann einen Magister hat, aber seine Familie in Rumänien nicht ernähren hat können. Solche Leute tun wir dann als rumänische Bettler ab. Superg'scheite Leute. Stellen Sie sich vor, wie es den Kin-

dern geht, wenn die die Sprache nicht verstehen, im Waggon hausen und dann in irgendein Krisenzentrum kommen, vielleicht getrennt werden. Ich bin 1942 geboren, ich kann mich an die Fliegerangriffe erinnern, da war ich erst drei Jahre alt. Es ist entsetzlich, kein Mensch überlegt, was aus den Kindern wird, die solche Dinge miterleben.

EIN BEGABTER BUB

Zwei Buben klopfen an die Tür, es ist schon spät. Sie holen Brot. Die beiden sind von zwei tschetschenischen Familien, die bei mir wohnen. Der eine spielt in dem Theaterstück im Volkstheater mit. Der ist blitzgescheit, deshalb hab ich ihn in der Stubenbastei im Gymnasium untergebracht, der größere geht inzwischen auch hin. „Ich würde mir wünschen, dass die Katze zu mir herunter springt.“, sagt er zu mir. Jeder österreichische Vater wäre stolz darauf, wenn sein Kind so ein gepflegtes Deutsch spricht. Ein paar Tage später triff ich ihn auf der Gasse, sag ich: Na, du warst schon lang nicht mehr bei mir. Sagt er: „Ich kann dich ja nicht immer stören.“ Drei Wochen später kommt er zu mir ins Büro und ruft: „Wo is' die Kootz!“ Ich lach' und sag: Bist du verrückt, ich erzähl jedem, wie schön du Deutsch sprichst und dann redest du so einen grauslichen Dialekt? Acht Jahre ist der Knirps, ein wirklich begabter Bub.

POPULÄR GESEHEN

Was dachte der Postbote?

Puzzle heißt Jigsaw. Und Jigsaw ist ein erstaunliches Experiment: Wie Kinder in einer Klasse lernten, sich auf Basis von Kooperation neu zueinander zu positionieren.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Das Jigsaw-Experiment sucht sich ein konfliktreiches Feld. SchülerInnen werden in verschiedene Lerngruppen geschickt, bestehend aus jeweils sechs Personen. Was es zu lernen gilt, wird in sechs Abschnitte unterteilt, von denen jede/r einen übernimmt. Jede/r Schülerin lernt nun einen Teil und versucht ihn den anderen beizubringen. Wie ein Puzzle müssen die Teile zusammengefügt werden, damit ein Gesamtbild entsteht. Von einer Geschichte oder einer Chemie-Aufgabe gibt es nun sechs Teile, die vermittelt gehören. In von Konkurrenz geprägten Klassenzimmern geht es allein darum, dem Lehrer zu zeigen, wie klug man ist. Man braucht den MitschülerInnen auch nicht viel Aufmerksamkeit schenken. In der Jigsaw Klasse müssen die SchülerInnen einander zuhören, um etwas zu lernen. Peter muss auf Maria und auch auf Gülden genau achten, um die für ihn wichtigen Informationen zu bekommen. Wenn Haki im traditionellen Unterricht aus Angst und Unbehagen Schwierigkeiten hat, etwas vorzutragen, können ihn die anderen leicht ignorieren – und sogar demütigen. Hat Haki jedoch in der Jigsaw-Klasse diese Probleme, liegt es im Interesse seiner MitschülerInnen, ihn zu ermutigen und ihm zu helfen, damit er sein Wissen Preis gibt.

Die Ergebnisse sind beeindruckend: Verglichen mit traditionellen Klassen war bei der Jigsaw-Gruppe eine Abnahme von Ablehnung und eine Zunahme von Sympathie für die Mitglieder ihrer



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Arbeitsgruppe – unabhängig von deren ethnischer Herkunft – festzustellen. Nun wurde den Kindern aus der Jigsaw-Gruppe und jenen aus traditionellen Klassen eine Reihe von Cartoons gezeigt. Auf dem ersten Bild war ein kleiner Bub zu sehen, der traurig seinen Vater am Flughafen verabschiedet. Am zweiten Cartoon bringt ein Postbote dem Buben ein Paket. Das dritte Bild zeigt wie der Bub das Paket öffnet, darin ein Spielflugzeug findet und in Tränen ausbricht. Nun wurden die Kinder gefragt, warum der Bub weint. Fast alle sagten richtig, „weil das Flugzeug ihn an seinen Vater erinnert.“ Dann stellten die ForscherInnen die entscheidende Frage: „Was dachte der Postbote, als er sah, wie der Bub das Paket öffnete und in Tränen ausbrach?“ Die meisten Kinder machen den Fehler, zu meinen, dass der Postbote auch wissen muss, was sie wissen. Die Kinder aus der Jigsaw-Gruppe reagierten jedoch anders. Sie meinten, dass der Briefträger sich wohl nicht auskenne, warum der Bub bei einem so schönen Geschenk weint, er wisse ja nichts von der Abschiedszone am Flughafen. Sie waren in der Lage die Sache aus der Perspektive des Postboten zu betrachten. Es gilt: Wo die Kontrolle über das eigene Leben bedroht ist und wo in Konkurrenz um den eigenen Status gekämpft werden muss, dort wachsen Minderheitenfeindlichkeit und Hass. Gilt aber Kooperation und das Prinzip der Gegenseitigkeit, gehen die Ängste zurück.

SONDERECHE

Integration ist keine Zweibahnstrasse

Wer die Begriffe bestimmt, bestimmt das Handeln: Wie ein Sprachbild die Regierung und ihre Integrationspolitik aus der Verantwortung entlassen hat.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Die Sozialwissenschaftlerin Karin Zauner hat 40 österreichische ChefredakteurInnen und Topmanager zu Einwanderung und Migration befragt (darunter drei Frauen). Die Studie* liefert interessante Ergebnisse, eines aber hat mich stutzig gemacht: Zauner attestiert den Medienleuten ein „modernes“ Integrationsverständnis, da es auf Gegenseitigkeit beruht. Nicht nur Eingewanderte, auch die eingesessene Bevölkerung sei in der Pflicht. Drei Viertel der Medienmenschen sehen Integration als wechselseitigen Prozess. Die Parole lautet: „Integration ist keine Einbahnstraße.“ Vielleicht ist dieses Konzept relativ jung, aber ist es wirklich modern? Ideologisch ist die Einbahn-Metapher nicht klar zuordenbar. Sie wird von Linken wie auch von Rechten verwendet. Linke betonen dabei die Bringschuld des Aufnahmelandes, Rechte die der Zuwanderer. In Deutschland erlebte das Sprachbild Anfang des Jahrtausends in CDU/CSU-Kreisen eine Hochkonjunktur. Mitte des Jahrzehnts schwappte es auch nach Österreich über. In der österreichischen Parteienlandschaft forcierte es zunächst vor allem die ÖVP. Falls Integration aber keine Einbahnstrasse ist, dann ist sie wohl eine Zweibahnstrasse. Ein Weg, auf der sich zwei Parteien gleichermaßen entgegen kommen. Von der einen Seite die MigrantInnen und von der anderen die eingesessene Bevölkerung. Beide passen sich ein wenig an, man trifft sich in der Mitte.

ANDERS GESAGT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

Die verlorene Generation?

Ihre Probleme, aber auch ihre Zweisprachigkeit und alle Facetten ihrer Identität sind längst Teil unserer Gesellschaft.

OLIVERA STAJIC ÜBER DIE ROLLE DER MEDIEN, IN EINER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE FÜR DIVERSITÄT ZU SORGEN.
Illustration: Petja Dimitrova



Olivera Stajic ist Redaktionsleiterin von daStandard.at.

Moment. Falls Integration die Aufgabe von Bevölkerungsgruppen sein sollte, wer beseitigt dann Aufstiegshürden in den Schulen? Und wer reguliert den Arbeitsmarkt? Wer gewährleistet politische Mitbestimmung? Wer schafft die gesetzlichen Voraussetzungen für all das? Integrationspolitik, die verbindliche Bedingungen für das Zusammenleben schafft, gibt es in diesem Sprachbild offensichtlich nicht. Diesem folgend schaut die Politik zu und winkt vom Straßenrand. Der Staat ist aus der Verantwortung.

Genau so sieht die Integrationspolitik der Bundesregierung derzeit aus. Hier ein paar migrantische role-models, dort ein wenig gute Stimmung. Das ist symbolische Politik, die weitgehend darauf verzichtet, in soziale, ökonomische und rechtliche Probleme einzugreifen. Gegenüber Assimilationskonzepten mag das ein Fortschritt sein, tatsächlich innovativ und hilfreich wäre es aber, die Bipolarität zwischen Hiesigen und Zugewanderten aufzubrechen. Die meisten NGOs haben diesen Schritt schon länger vollzogen.

Konfuzius sagt: „Der edle Staatsmann ist in der Lage, die Begriffe zu bestimmen und seine Worte zu Taten werden zu lassen.“ Ihr Edlen, Staatsmenschen oder nicht, bestimmt neue Begriffe! Denn Integration ist auch keine Zweibahnstrasse.

*Karin Zauner, „Zuwanderung - Herausforderung für Österreichs Medien“ Holzhausen, 2011.

Die in Österreich oder im Herkunftsland ihrer Eltern geborenen Kinder und Jugendlichen mit nichtdeutscher Muttersprache (außerhalb der EU) sind in der öffentlichen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Integrationsdebatte omnipräsent.

Das gängige Klischee ihres Werdegangs sieht folgendermaßen aus: Sie kommen ohne Sprachkenntnisse – gemeint sind jene in Deutsch, natürlich – in die Kindergärten. In der Volksschule hindern sie ihre MitschülerInnen am Vorankommen, landen dann in der Hauptschule, wo sie in der Mehrheit sind. Falls sie den Hauptschulabschluss schaffen, dann mit so schlechten Noten, dass sie kaum einen Lehrplatz finden. Beim AMS sind sie schwer vermittelbar und benötigen spezielle Fördermaßnahmen. Zwischendurch werden sie kriminell. Das ist ein typisches Szenario, das auch medial fleißig verbreitet wird und leider, wie fast alle Klischees, zumindest teilweise auf der Realität beruht.

Ähnlich wie in der politischen Debatte gibt es zum Problemfeld der „zweiten Generation“ – die bereits „die verlorene“ genannt wird – im medialen Diskurs zwei Zugänge: Skandalisierung auf der einen Seite und wohlmeinende Bevormundung auf der anderen. Was in den meisten Kommentaren und Analysen aber fehlt, ist die klare Distanzierung von Ethnisierung. Noch immer wird signalisiert, fehlende Bildungserfolge und das Scheitern am Arbeitsmarkt hätten ihre

Ursachen vor allem in einer ethnischen Herkunft und „Integrationsunwilligkeit“. So lässt sich bequem über „die Anderen“ debattieren.

Das vermeintliche und vermeidbare Scheitern der zweiten Generation ist kein kulturelles, sondern ein soziales und vor allem unser aller Problem. Es handelt sich um Nachkommen jener Menschen, die als (Hilfs-)ArbeiterInnen nach Österreich geholt wurden oder herkamen, um den sozialen Aufstieg zu verwirklichen, der im Herkunftsland nicht möglich war. Hat man den ersten EinwandererInnen signalisiert, dass sie nur vorübergehend willkommen sind, so hat man ihre Kinder jahrzehntlang bestenfalls ignoriert. Weder der ersten noch der zweiten Gruppe wird der soziale Aufstieg in Österreich leicht gemacht. Wir leben in einer sozial undurchlässigen und konservativen Gesellschaft, die keine AufsteigerInnen mag, und in der soziale Solidarität schwindet. Verfehlte und lange Zeit kaum vorhandene Integrationspolitik tat das Ihre dazu.

Wünschenswert wäre eine politische und mediale Debatte, die die richtigen Fragen stellt und die Probleme der zweiten Generation nicht unter der Prämisse der „Integrationsbereitschaft“ betrachtet. Ihre Probleme, aber auch ihre Zweisprachigkeit und alle Facetten ihrer Identität sind längst Teil unserer Gesellschaft. Ihre Zukunft ist unsere und darf nicht in parteipolitischen und ideologischen Grabenkämpfen gefährdet werden.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Handbuch gegen Vorurteile

In akribischer Arbeit haben Nina Horaczek und Sebastian Wiese Fakten und Argumente zusammengetragen, die eine Reihe teils tief verwurzelter Vorurteile in Österreich wider-

legen. Die breite Palette reicht von der „Auschwitzlüge“ über die „Schuld der Ausländer“ an Problemen im Bildungsbereich bis hin zu Flüchtlingsfragen, der Islamdebatte und gängigen Vorstellungen vom (Nicht-)Funktionieren der EU. Sehr eindrücklich widerlegen die AutorInnen etwa die Behauptung, dass ÖsterreicherInnen ihr Land auch in schlechten Zeiten nie verlassen würden. Die Zahlen der Vergangenheit sprechen eine ganz andere Sprache. Es gab nach dem Ersten Weltkrieg sogar eigene Auswanderungsvereine in Österreich. Auch noch in den Jahren und Jahrzehnten nach 1945 gab es starke Auswanderungsbewegungen von österreichischen „Wirtschaftsflüchtlings“ sowohl

in die unmittelbaren Nachbarländer Deutschland und Schweiz als auch in Länder wie Kanada, Südafrika und die USA. Auch dem viel strapazierten Mythos, dass der Islam in Österreich ein Fremdkörper sei und nicht zu Europa gehöre, begegnen die AutorInnen mit detailreichen historischen Fakten. Aus diesen geht klar hervor, dass der Islam schon seit langem in Österreich verankert ist und es einer diskriminierenden Realitätsverweigerung gleichkommt, MuslimInnen die Existenzberechtigung in Österreich abzuspüren. Insgesamt haben Horaczek und Wiese mehr als 50 gängige Vorurteile in verständlicher Weise und mit einer Fülle an Zahlenmaterial untermauert aufgearbeitet. Für alle, die die innen- und europapolitischen Debatten der vergangenen Jahre besser durchschauen möchten, bietet das Handbuch einen guten Überblick über leicht von der Zunge gehende Behauptungen und die sich oft ganz anders darstellende Realität. Das Buch eignet sich übrigens auch hervorragend als Nachschlagewerk. *apo*

Nina Horaczek, Sebastian Wiese
Handbuch gegen Vorurteile
 Czernin Verlag
 304 Seiten, 24,90 Euro

BUCH

Soziale Schmerzgrenzen

Alltägliche Gewalt ist eine Folge von sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit. Nimmt die Ungleichheit zu, steigt auch die Gewalt. In „Schmerzgrenze“ argumentiert der Neurobiologe und Psychotherapeut Joachim Bauer für ein anderes Verständnis von Aggression: Der Mensch ist weder gut noch böse. Mit einem Ag-



gressionstrieb, den er von Zeit zu Zeit ausleben muss, wird er nicht geboren. Tatsächlich, so Bauer, ist der Mensch wesentlich auf soziale Akzeptanz angewiesen, erst sie schafft ein psychisches Wohlbefinden. Überhaupt ist alles am Menschen auf Zugehörigkeit angelegt. Durch verschiedene neurobiologische Prozesse im Gehirn reagieren Menschen sehr sensibel, wenn ihre sozialen Bindungen bedroht sind, dann werden sie aggressiv. Aggressive Handlungen und Gewalt haben somit ursprünglich eine soziale Funktion: Sie sollen Mitmenschen zeigen, dass eine Schmerzgrenze überschritten wird. Wie diese Grenze aussieht, beschreibt Bauer auch: Sie kann durch körperliche Angriffe oder soziale Ausgrenzung überschritten werden. Für unser Gehirn und damit für unser Empfinden macht es keinen Unterschied, ob der Schmerz körperlich oder psychisch ist. Mit seinen Beschreibungen, wie sich die Erfahrung sozialer Ausgrenzung in die Körper einschreibt, liefert Bauer aus neuer Perspektive Belege für die Auswirkungen von Ungleichheit. Entsprechend lautet sein Schluss: „Gerechtigkeit ist die beste Gewaltprävention“.

Joachim Bauer
Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt
 Karl Blessing Verlag
 286 Seiten, 19,50 Euro

Wir lieben die Menschen!

BIO - fair & nachhaltig.
Für uns alle.





www.biohotels.info

SPOTLIGHT

Ein Pfand im Spiel

Peter Webinger glaubt, Asylwerber würden ihr monatliches „Taschengeld“ von 40 Euro im Casino verprassen. Weiß der Spitzenbeamte des BMI es wirklich nicht besser?

TEXT: GERFRIED BALZER

Kürzlich hatte Peter Webinger eine Idee: AsylwerberInnen sollten die 40 Euro, die sie pro Monat als „Taschengeld“ erhalten, nicht mehr bar ausbezahlt werden. Sie könnten das Geld ja im Casino verspielen, sorgt sich der Spitzenbeamte des Innenministeriums. Webinger schlug deshalb die Ausstellung von Bezugsscheinen vor. NGOs wiesen darauf hin, dass die Menschen, ohnehin schon mit einem Arbeitsverbot belegt, dadurch einmal mehr stigmatisiert würden. Nachdem das BMI seine geschmacklose, aber unhaltbare Idee der „Ankerkinder“ als „neue Scheinasylanten“ (Die Presse) lanciert hatte, war schon wieder, egal wie abstrus, ein Bild der Bereicherung gefunden worden. Ganz konkret steht hinter beiden Fällen der Versuch, ausgewählte Bevölkerungsgruppen einer fortschreitenden Reglementierung zu unterziehen. Ob Webinger von seinem Vorschlag ehrlich überzeugt ist oder einen Zwischensprint im Wettlauf rechtspopulistischer Maßnahmen hingelegt hat, ist nicht bekannt. Von besonderer Menschlichkeit zeugt es in keinem Fall. Als Leiter der Gruppe III/B (Asyl, Migration, Integration) im Innenministerium trägt Webinger jedenfalls Verantwortung für eine sachorientierte Politik. In Statements bekennt sich der Beamte dazu auch. Er wolle „in einem sachlichen, wertschätzenden aber offenen Diskurs“ die Faktenlage analysieren, um Probleme und Herausforderungen offen anzugehen. In einem Impulsreferat, das Webinger im Sommer 2010 auf den Nürnberger Tagen für Integration hielt, veranschaulichte er das Aufkommen von Asylanträgen im internationalen Vergleich. In seinem Paper, im Netz nach-



BMI-Beamter Webinger: Fürchtet, dass Flüchtlinge ihre 40 Euro pro Monat verprassen könnten.

zulesen, ist darin von einer „Pro-Kopf-Belastung“ durch Asylsuchende pro 1.000 Einwohnern die Rede. Asylsuchende primär als belastend wahrzunehmen, wirkt aber nicht „offen“, sondern wie der Ausdruck einer Politik, die in Österreich seit Mitte der 1980er Jahre das Klima maßgeblich bestimmt. Das UNHCR, das als Quelle der Statistiken des Papers ausgewiesen wird, fände solch eine Interpretation wohl problematisch. Wie auch jene Erkenntnis, dass die „Einstellung zu Integration nicht aus realer Kontakthäufigkeit mit Zuwanderern ableitbar ist“. Das UNHCR weist vielmehr darauf hin, dass sich Kontakt mit Asylsuchenden „sehr positiv“ auf die Einstellung der Bevölkerung auswirke und kritisiert vorherrschende „negative Vorurteile“ in Österreich. Zum Stichwort Migration plädiert Webin-

ger für Ausgewogenheit: „Nicht nur Personen mit Migrationshintergrund muss klar sein, was Rechten (sic!) und Pflichten sind, und was von ihnen erwartet wird, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft ist gefordert, sich aktiv einzubringen.“ Auch hier sorgt der Ansatz, zweierlei Menschengruppen in die Pflicht zu nehmen, für mehr Fragen als Klarheit. Nachdem auch österreichische StaatsbürgerInnen „Migrationshintergrund“ haben können, stellt sich die Frage, welche Rechte und Pflichten ihnen gegenüber jenen StaatsbürgerInnen ohne „Migrationshintergrund“ erwachsen sollten. Nachdem alle StaatsbürgerInnen vor dem Gesetz gleich sind, klingen nötige Zusatzleistungen an, wie sie 1996 die Krone nach Toren des Fußball-Nationalspielers Ivica Vastic eingelöst sah: „Ivo, jetzt bist du ein echter Österreicher!“ Ethnisiert wird eben nicht nur bei Problemen, sondern auch bei erbrachten Leistungen. Sebastian Kurz versucht, seit er Staatssekretär ist, zumindest über den Leistungsgedanken Menschen aus dem diskriminierten Eck zu holen. Gratuliert hat auch Webinger, als im Wappensaal des Wiener Rathauses, 14 SchülerInnen aus Zuwandererfamilien mit einem START-Stipendium bedacht wurden. Während die Förderung von sozial Schwachen oder Minderheiten begrüßenswert ist, stellt sich die Frage, warum die „besondere Begabungen“ und das „außergewöhnliche Engagement“, das diesen SchülerInnen attestiert wurde, den Beigeschmack ethnisch motivierter Pflichterfüllung einfach nicht los wird. Es bleibt der Eindruck, dass Menschen, die beständig nach ihrer Herkunft erfasst werden, auch in solchen Momenten nur das Pfand im politischen Spiel sind.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Zahlen bitte!

„Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“ heißt das Buch zur Wirtschaftskrise von Markus Marterbauer. Der Titel ist etwas irreführend, geht es doch weniger darum, wer für die Krise zahlt, als um die spannendere Frage, wie die Wege aus der Krise aussehen. Der Wirtschaftsexperte der Arbeiterkammer ortet die Chance, neu anzufangen – in Politik und Wirtschaft ebenso wie in seiner eigenen Profession. Ein guter Neuanfang sähe für Marterbauer keynesianisch aus. Zu lange hätten die Wirtschaftswissenschaften Keynes ignoriert, mit ihrer neoliberalen Ausrichtung den Boden für die jetzige Krise mit vorbereitet und wissenschaftlich abgesichert. Selbst jetzt noch orientiere sich die Wirtschaftspolitik an neoliberalen Marktmodellen. Ursachen und Wege aus der Krise sind aber zwei Seiten derselben Medaille, argumentiert Marterbauer. Auf der einen Seite steht die zunehmende Wohlstandsungleichheit als eine Krisenursache. Ihr gegenüber steht der Ausbau des Sozialstaats, der einen Weg aus der Krise weist: Durch mehr Jobs zum Beispiel in Pflegeberufen, aber auch Kindergartenplätze, damit mehr Frauen wie Männer einer Erwerbsarbeit nachgehen

können. Arbeit und Leben würden sich in diesem Modell leichter vereinbaren lassen als vor der Krise. Marterbauer empfiehlt eine umfassende Verkürzung der Arbeitszeit durch Bildungs- und Elternkarenz, mehr Urlaub und geringere Wochenarbeitszeiten. Zugleich sollen Löhne und Gehälter steigen und steuerlich entlastet, Vermögen hingegen stärker besteuert werden, um soziale Investitionen und Pensionen zu finanzieren. Als Krisenverursacher sieht Marterbauer u. a. die Deregulierung der Finanzmärkte seit den 1980er Jahren. Er plädiert für deren strikte Regulierung und Verkleinerung und für eine Stärkung jener Banken, die der Realwirtschaft dienen. Für die mit Staatshilfe erzielten „enormen Wertzuwächse“ sollten sich Banken nun auch an der Budgetsänierung beteiligen.

Am Ende entwirft Marterbauer eine keynesianische Utopie. Die Welt könnte bereits jetzt eine andere sein, würde sich die Wirtschaftspolitik vom Primat des Wachstums verabschieden. Nachdem ein Anstieg des BIP nicht mehr automatisch Beschäftigung und Wohlstand verheißt, ist Wachstum eigentlich überflüssig. Es verheißt lediglich Ressourcenverbrauch und führt durch ungebundene Kapitalmengen zu den aufgeblähten Finanzmärkten. Der Schlüssel zum Wohlstand für alle liege letztlich in der Entlastung von Arbeit und der stärkeren Belastung leistungsloser Vermögen. In diesem Sinne führe das aktuelle Sparpaket nicht aus der Krise, sondern direkt in die nächste hinein. *red*

Markus Marterbauer
Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle.
 Deuticke Verlag
 256 Seiten, 18,40 Euro

BUCH



Atlas der Globalisierung

Ist die Globalisierung abgeschlossen und die Geschichte doch an ihr Ende gekommen? Der „Atlas der Globalisierung“, herausgegeben von Le Monde Diplomatique, widmet sich auf gut 100 Seiten verschiedenen Aspekten des globalen Wandels im 20. Jahrhundert. „Wir möchten Einspruch erheben gegen die weit verbreitete Überzeugung, dass mit dem Ende des 20. Jahrhunderts der globalisierte marktradikale Kapitalismus als alternativlos dasteht“, schreibt Serge Halimi, Direktor von Le Monde Diplomatique, im Vorwort. Die Welt wie wir sie jetzt vorfinden, inklusive der Stellung der Frauen, der Ländergrenzen, der am meisten verbreiteten Krankheiten, der Verteilung von Armut und Reichtum, ist Produkt des 20. Jahrhunderts. Nicht nur Politik und Wirtschaft haben die Welt gestaltet, sondern auch individuelle und kollektive soziale Kämpfe, Aufstände, Revolutionen, Fort- und Rückschritte in Medizin und Technik. Der Globalisierungsatlas schafft durch seine Strukturierung ein Bild, in dem die Zusammenhänge die-

ser Ereignisse hervortreten. Er gibt damit eine Vorstellung davon, dass Geschichte nicht aus wichtigen Ereignissen oder historischen Daten besteht, sondern die Welt selbst geformt hat, wie sie sich uns heute darstellt. Mit Karten, Tabellen und Schaubildern, Essays von Ilija Trojanow, Otto Kallscheuer und anderen AutorInnen setzt diese Publikation verschiedene Wissensformen miteinander erkenntnisreich in Beziehung. Ein Kapitel zur Medizin beschreibt, dass Krankheiten wie Tuberkulose und Lungenentzündung in den alten Industriestaaten nahezu verschwanden, um durch Krebs- und Herzerkrankungen als neue Todesursachen abgelöst zu werden. Wachsende soziale Unsicherheiten werden bis zu den Arbeitskämpfen der britischen Bergarbeiter in den 1980er Jahren rückgeführt, als die Neoliberalisierung der Ökonomie, wie sie bis heute die offizielle Politik bestimmt, begann. Weitere Themen sind die Entstehung der EU, Alltag in der DDR, der erste Golfkrieg oder die Vernetzung der Welt und damit der Aufstieg des Internets. Den Kampf der britischen Gewerkschaften um soziale Geltung und Mitsprache haben sie, so weist es der Atlas aus, übrigens verloren. *red*

Le Monde Diplomatique (Hg.)
Atlas der Globalisierung. Das 20. Jahrhundert. Der Geschichtsatlas.
 102 Seiten, 12 Euro

BUCH



Die transparente Gesellschaft

Gianni Vattimos schmaler, sehr konzise formulierter Band stellt sich die Frage, welche Art von Realitätsbildung sich in einer Mediengesellschaft ereignet, die sich ständig erweitert und verdichtet. Erhält der Mensch quasi den Durchblick, indem er sich Hegels absolutem Geist annähert? Vattimo enttäuscht diese Hoffnungen und schlägt vor, sich an Stelle eines Emanzipationsideals „des vollends entfalteten Selbstbewusstseins“ vielmehr an eine Erschütterung gerade des Realitätsprinzips zu denken. Die Strukturen des Realen werden nicht erkannt, die wirkliche Welt wird, so Vattimo mit Nietzsche, vielmehr zum Märchen. Ursachen dafür ortet der neben Giorgio Agamben vielleicht einflussreichste italienische Philosoph der Postmoderne in den „Kontaminationen“ der vielfältigen Bilder, Interpretationen und Rekonstruktionen, in denen die Medien wechselseitig in Konkurrenz zueinander treten. Vattimo weist mit Nietzsche die Vorstellung einer Wirklichkeit, die sich nach rationalen Kriterien auf einem Fundament der Metaphysik anordnet, als

„beruhigenden“ Mythos einer noch barbarischen Menschheit zurück. Die Metaphysik versuche sich so mittels Handstreich der Wirklichkeit zu bemächtigen. Die Realität als rationales System von Ursache und Wirkung zu denken, sei nichts weiter als eine Methode, um das Modell der „wissenschaftlichen“ Objektivität auf das Sein insgesamt auszudehnen. Mit einer derartigen Absage an die Hoffnungen, die Menschheit würde sich durch ihre zunehmende Transparenz auch auf eine andere Basis der Wissens- und Erkenntnisproduktion stellen, kommt Vattimo in einem kleinen Bonmot gegen Ende des ersten Kapitels zum Schluss, dass „den Sinn für die Realität verlieren“ damit gar kein großer Verlust wäre. Auch in dieser höchst löblichen Neupublikation des bereits 1987 auf Italienisch erschienenen Buches spricht der originelle Nietzsche- (und Heidegger-) Interpret Vattimo letztlich nicht dem Stablen, der Fortdauer des Seins das Wort, sondern dem Ereignis, dem Dialog und der Interpretation als Chance für das menschliche Dasein. Er macht sich damit zu einem vehementen Fürsprecher einer Denkrichtung, die teleologische Modelle und deren falsche Hoffnungen zerstört, um den Menschen im Bewusstsein seiner Schwäche und Fragilität zu stärken. *red*

Gianni Vattimo
Die transparente Gesellschaft
 Passagen Verlag
 106 Seiten, 12,64 Euro



Foto: Magdalena Blaszcuk

LISTEN
2 X 5 DINGE UND SONST?

Mitko Javritchev ist Artdirector des MO Magazins.

5 Dinge, auf die ich jederzeit gerne verzichte:

- 1 Ignoranz
- 2 Inkompetenz
- 3 Gleichgültigkeit
- 4 Ratingagenturen
- 5 schau ma mal

5 Dinge, die ich keinesfalls vermissen möchte:

- 1 Visionen
- 2 Gutes Design
- 3 Print Medien
- 4 Konzerte
- 5 Apple

Und sonst?

„Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“
 Albert Einstein

mo

MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE NR. 26

SOS
MITMENSCH

2€
FÜR KOLPORTEUR*
DAVOR!

GAST-KOMMENTAR:
Monika Kircher-Kohl:
Ist die Arbeit von
morgen weiblich?

Magazin für Menschenrechte 1/2012, März/April, Herausgeberin: SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien, www.momagazin.at



**DIE MANUFAKTUREN
EUROPAS**
Wie Produktion nach Asien
ausgelagert wird

FRIGGA HAUG
über den Vier-
Stunden-Tag

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

WER DARF ARBEITEN?

Ja, ich will 4x jährlich MO lesen.

- StudentInnen | Selbstkostenabo **10 Euro**
- Normalabo **20 Euro**
- Förderabo **60 Euro** (mit dem Förderabo unterstützen Sie Verkaufsschulungen für unsere KolporteurInnen)

SOS
MITMENSCH

**MO – Im entscheidenden Augenblick
das Richtige tun!
Menschenrechte gehen uns alle an.**

Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Postfach 220, A-1070 Wien

SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

ERINNERN UND ZEICHEN SETZEN

8. Mai – Tag der Befreiung!

Über viele Jahre war es eine schlechte Tradition, dass Ewiggestrige am 8. Mai am Heldenplatz ihr „Heldengedenken“ abhielten und den „verlorenen Krieg“ betraueren. Inzwischen hat sich jedoch eine neue Gedenkkultur entwickelt, die den 8. Mai als jenen Tag feiert, an dem die Niederlage der Nazis endgültig besiegelt war. Der Weg war frei für die Demokratisierung Österreichs. Nicht vergessen werden darf jedoch, dass

Österreich auch noch nach 1945 ein von NationalsozialistInnen durchsetztes Land war. Viele hatten und einige haben noch immer Schwierigkeiten damit, die Niederlage der Nazis als unser aller Sieg anzuerkennen. SOS Mitmensch ruft daher zu einer breiten Beteiligung an den Befreiungsfeierlichkeiten des demokratischen Österreichs auf. Mehr Informationen auf: www.jetztzeichensetzen.at/



Holocaust-Überlebender Rudi Gelbard bei Gedenkveranstaltung am Heldenplatz.

BENEFIZ-KUNSTAUKTION FÜR SOS MITMENSCH

Zeitgenössische Kunst ersteigern – für einen guten Zweck!



Für die am 10. Mai stattfindende zwölfte Benefizauktion zeitgenössischer Kunst zu Gunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch haben wieder zahlreiche namhafte

KünstlerInnen unentgeltlich ihre Arbeiten zur Verfügung gestellt, wofür wir uns sehr herzlich bedanken. Die kuratierte Auktion zeigt eine breite Palette von Zeichnungen, Drucken, Gemälden, Fotoarbeiten und Skulpturen. Mitgesteigert werden kann vor Ort, es ist aber auch möglich, telefonisch oder vorab schriftlich zu bieten. Die Kunstwerke sind bereits ab Montag, dem 7. Mai während der Öffnungszeiten des Kassensaals zu besichtigen. Die Liste der KünstlerInnen und Kunstwerke sowie die Versteigerungsbedingungen sind

ab Ende März auf der Homepage von SOS Mitmensch zu finden. Der druckfrische Katalog ist ab Anfang April über die Homepage bestellbar: <http://kunst.sosmitmensch.at> Sie können den Kauf einer Arbeit im Sinne der Spendenabsetzbarkeit steuerlich nützen. Bitte fragen Sie Ihre Steuerberaterin oder Ihr Finanzamt.

Zeit und Ort der Veranstaltung:

Donnerstag, 10. Mai 2012

Beginn: 19.00 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr)

Großer Kassensaal der Österr. Postsparkasse, Georg-Coch-Platz 2, 1010 Wien

„Ankerkind“ ist Unwort des Jahres

Gleich zu Beginn des Jahres 2012 hat Innenministerin Mikl-Leitner mit einer Wortkreation auf sich aufmerksam gemacht, die junge Flüchtlinge diffamiert: „Ankerkinder“. Wir fragen uns: Warum steckt die Innenministerin ihre Energie nicht lieber in die Förderung von Menschenrecht und Menschenrechten? Das würde allen zugute kommen!

SOS Spenden absetzbar und mit Qualitätssiegel

SOS Mitmensch finanziert seinen Einsatz für mehr Menschenwürde und gegen Benachteiligung und Hetze ausschließlich durch private Spenden und Beiträge. Seit Anfang Jänner sind alle Spenden an SOS Mitmensch steuerlich absetzbar und SOS Mitmensch wurde mit dem Spendengütesiegel ausgezeichnet. Nähere Infos auf: www.sosmitmensch.at

Diese Reise ist ein Muss!

Wer sich für Flucht, Asyl und die Lebensgeschichte von Menschen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Österreich gelandet sind, interessiert, muss sich das Stück „Die Reise“ anschauen. Und wer sich nicht dafür interessiert, sollte sich das politische Stück unserer Zeit erst recht nicht entgehen lassen: www.volkstheater.at



Volkstheater: Menschen erzählen von ihrer Flucht

ANDERE ÜBER ...

Ist die Zukunft der Arbeit weiblich?

Monika Kircher-Kohl, Vorstandsvorsitzende von Infineon Austria, über die fortlaufende Umstrukturierung der Arbeitsverhältnisse.

Wie die Arbeitswelt der Zukunft aussehen wird, obliegt der Gestaltung der Politik, der Unternehmen und der Gesellschaft. Dass die Arbeitswelt „weiblicher“ werden muss, um im Sinne der Vereinbarkeit von privatem und beruflichem Leben Chancengerechtigkeit herzustellen, bestreitet heute kaum jemand mehr.

Nach einem jahrzehntelangen Kampf der Frauen um ihre Rechte zeigt sich klar, dass die Erfolge dieses Engagements nicht nur den Frauen sondern der Gesellschaft insgesamt Vorteile gebracht haben. Es ging und geht um Gerechtigkeit, aber auch darum, dass eine entwickelte Volkswirtschaft nicht leichtfertig auf die Hälfte des menschlichen Potenzials verzichten kann.

Noch sind wir in Österreich ein Stück davon entfernt, ausgewogene Verhältnisse zu haben, wie Statistiken zeigen. Frauen haben hinsichtlich des Ausbildungsniveaus und ihrer Beteiligung am Erwerbsleben zwar stark aufgeholt – so stieg die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen von 61,8 Prozent im Jahr 2000 auf 69,3 Prozent im Jahr 2010. Immer noch gibt es aber eklatante Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen. Zudem bekleiden Frauen in deutlich geringerem Maße leitende Positionen mit 4 Prozent gegenüber 9 Prozent der Männer.

Flexibilität und Teilzeit

Infineon Technologies Austria setzt auf ein hohes Maß an Flexibilität bei den betrieblichen Abläufen. Damit unterstützen wir den Wunsch nach Vereinbarkeit von qualifizierter Arbeit und Familienleben und können auch Kapazitätsschwankungen besser ausgleichen. Ich halte das für ein win-win-Modell, zu dem die Anforderungen von Frauen an ihr Berufsleben aktiv beigetragen haben. Zum Beispiel bietet das Unternehmen für seine rund 2.800 Beschäftigten rund hundert verschiedene Arbeitszeitmodelle, vierzig davon alleine für Teilzeit. Etwa 68 Prozent der Teilzeitarbeit leisten Frauen. Knapp 22 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter haben Teleworking-Verträge, die es ihnen ermöglichen, die Arbeit in flexibler Zeiteinteilung auch von zu Hause aus zu erledigen. Diese Arbeitsform kommt nicht nur Frauen zugute, sondern wird wie die Elternkarenz auch von Männern gerne genutzt. Die Geschäftsleitung setzt mit der Akzeptanz solcher Möglichkeiten ein klares Signal, dass sie ein System der familienfreundlichen Arbeitsweise unterstützt.

Kontakt während der Karenz

Bereits im Jahr 2004 haben wir das Programm „FiT: Frauen in die/der Technik“ gestartet, um die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen sichtbar zu machen und gute Arbeitsbedingungen für sie zu gestalten. Ein Resultat daraus ist zum Beispiel das Karenzmitarbeitergespräch und das Aufrechterhalten des Betriebskontaktes während der Karenz. Zudem haben junge Technikerinnen vor etwa zwei Jahren das Netzwerk „women encourage women“ gebildet und engagieren sich für optimale Rahmenbedingungen von Frauen im Unternehmen. Anders als in den Bereichen Forschung & Entwicklung oder Verwaltung ist es in der Produktion schwieriger, an die Bedürfnisse des Einzelnen angepasste Arbeitsverhältnisse anzubieten, da die Fabrik 365 Tage im Jahr in drei Schichten arbeitet. Aber auch hier wurden maßgeschneiderte Arbeits- und Teilzeitmodelle entwickelt, um die Flexibilität für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen. In unserem Unternehmen brauchen wir gut ausgebildete Frauen, die mit Freude arbeiten und keinen Bereich ihres Lebens vernachlässigen müssen. Dazu schaffen wir eigene Programme, brauchen aber auch die Unterstützung von Politik und Gesellschaft wie ganz aktuell bei unserer Initiative zur Schaffung einer mehrsprachigen Kindertagesstätte oder einer internationalen Schule. Wir alle sind aufgerufen, darüber nachzudenken, wie die Zukunft der Arbeit gleichermaßen weiblich wie männlich sein kann.



Illustration: Petja Dimitrova

ZUR PERSON

Monika Kircher-Kohl

Monika Kircher-Kohl ist Vorstandsvorsitzende von Infineon Technologies Austria. Sie ist Mitglied im Vorstand der Industriellenvereinigung, der Ludwig Boltzmann Gesellschaft und Aufsichtsratsmitglied der Siemens AG. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften in Wien und Mexico City. 1981 begann sie ihre berufliche Laufbahn beim Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik in Kärnten.



ORF

1

RADIO
ÖSTERREICH 1

DAS Ö1 WISSENSCHAFTSJAHR 2012

ÖKOSCIENCE

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Energiewende oder Verlust an Biodiversität lassen sich wissenschaftlich nur bewältigen, wenn auch wirtschaftliche, politische und soziale Aspekte dabei berücksichtigt werden. Der Forschung für nachhaltige Entwicklungen ist das »Ö1 Wissenschaftsjahr 2012« gewidmet.

→ oe1.ORF.at/oekoscience

Ö1 gehört gehört.



Kunstauktion 2012

KUNSTAUKTION ZEITGENÖSSISCHER KUNST
zugunsten von **SOS MITMENSCH**



Donnerstag, 10. Mai 2012, 19 Uhr
Großer Kassensaal der Postsparkasse,
Georg Coch-Platz 2, 1010 Wien